Resultate

2016 Nr. 4

STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Hunger ist kein Schicksalsschlag

Zum Einfluss von Politik, Wirtschaft und Globalisierung

Von Anne-Catrin Hummel und Ulrich Post

Das Recht auf Nahrung ist ein fundamentales Menschenrecht. In vielen Konventionen haben sich Staaten darauf verpflichtet und es sind auch kleine Erfolge zu verzeichnen. Laut aktuellem Welthunger-Index von 2016 ist der Hunger in Entwicklungsländern seit dem Jahr 2000 um 29 Prozent zurückgegangen.

Dennoch besteht in vielen Ländern weiterhin eine große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der diesjährige Welthunger-Index zeigt: In 50 Ländern der Welt ist die Hungersituation ernst oder gar sehr ernst. Auch für zehn weitere Länder liefern vorliegende Daten und Berichte internationaler Organisationen Anlass zu Besorgnis. In Afrika, überwiegend südlich der Sahara, und Südostasien sind der prozentuale Anteil der unterernährten Menschen sowie die Kindersterblichkeitsrate besonders hoch. Wachstumsverzögerungen sowie Auszehrung bei Kindern kommen signifikant häufig vor. ⇢ weiter auf Seite 3

Foto: Thomas Imo/photothek.net

Foto: AP Photo/David Keyton

Foto: picture alliance/Geisler-Fotopress

Ernährung und Landwirtschaft

Konzentration beim Saatgutmarkt ⇢ Seite 5
Äcker als Spekulationsobjekt ⇢ Seite 6
Landbewirtschaftung in Äthiopien ⇢ Seite 8

Internationales

Umsetzung des Klimaabkommens ⇢ Seite 11
Weltweites Forschungsnetzwerk: ⇢ Seite 14
Right Livelihood Colleges

Nordrhein-Westfalen

Bündnis gegen CETA und TTIP ⇢ Seite 10
5. NRW-Nachhaltigkeitstagung ⇢ Seite 13
Unplastic Billerbeck ⇢ Seite 18

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

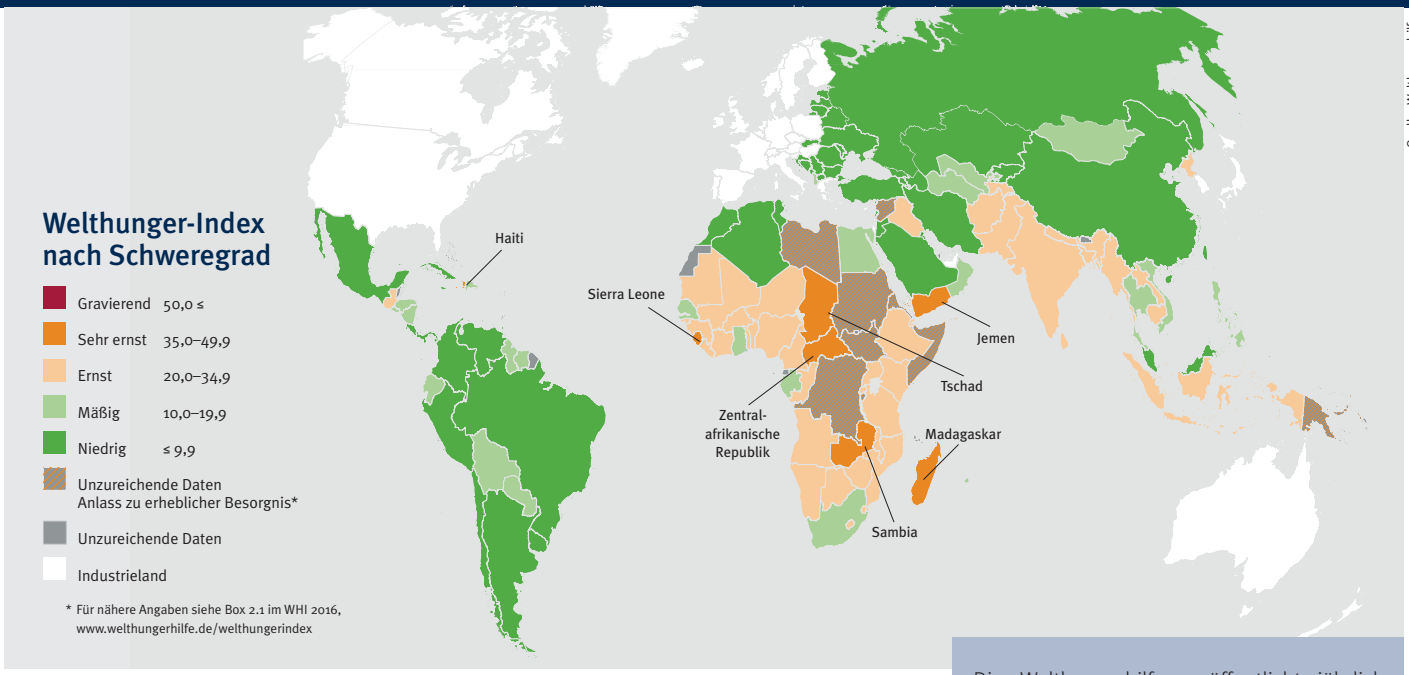
vor fünfzehn Jahren hat das Land Nordrhein-Westfalen die Stiftung Umwelt und Entwicklung gegründet. Ihr Auftrag, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für nachhaltige Entwicklung in NRW und für weltweite Gerechtigkeit zu unterstützen, ist unverändert und unverändert aktuell. Und doch erleben wir alle in diesen Tagen, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für diese Arbeit seit 2001 in manchem ganz grundlegend geändert haben. Es gibt mehr Schubkraft für die Themen der Stiftung. Auf globaler Ebene wurde mit den UN-Nachhaltigkeitszielen und dem Klimaabkommen von Paris ein neuer und breiter Konsens für Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne als Zukunftsaufgabe in allen Ländern errungen. Die Zielvorgaben der Vereinten Nationen gelten auch für uns in Deutschland, und NRW hat mit der Nachhaltigkeitsstrategie, der Strategie Bildung für Nachhaltige Entwicklung, dem Klimaschutzplan und der Biodiversitätsstrategie bereits wichtige Leitentscheidungen im Sinne der globalen Vereinbarungen getroffen. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass die regionale und lokale Ebene und die Zivilgesellschaft für die Lösung dieser Aufgabe eine Schlüsselrolle haben. Und schließlich machen die wachsenden Fluchtbewegungen – nun da sie Europa erreicht haben – die Realität der Einen Welt und die Unmöglichkeit der Abschottung auch hier für breite Bevölkerungsschichten unmittelbar erfahrbar und setzen unvermutete Potenziale an Solidarität frei.

Aber wir spüren auch Gegenwind. Interessenskonflikte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit werden deutlicher und bei den Verlierern der Veränderungen – oder denen, die sich als Verlierer erleben – gibt es zum Teil massiven Widerstand. Der Konsens in Nachhaltigkeitsfragen umfasst bei weitem nicht alle Teile der Gesellschaft und wir müssen erkennen, dass die anstehenden Transformationsprozesse von einigen Gruppen als Elitenprojekt abgelehnt werden. Wenn es nicht gelingt, die globalen Nachhaltigkeitsziele als einen Gerechtigkeits- und Teilhabepakt auch und gerade für Ausgegrenzte in unserer Gesellschaft wirksam werden zu lassen, ist dies ein gefährlicher Trend. Hier liegt auch eine Chance und Herausforderung für die von der Stiftung geförderten zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte und für die Stiftung selbst. Inhaltlich muss die Verbindung von globalen Gerechtigkeitsfragen und Umweltfragen mit innerdeutschen Gerechtigkeitsthemen mehr in den Blick genommen werden. Und es muss gelingen, über die vertrauten Milieus hinaus breiter in die Gesellschaft zu wirken und Teilhabe und Mitwirkung auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu ermöglichen. In den Gesprächen und Begegnungen seit meinem Amtsantritt konnte ich feststellen, dass viele Kooperationspartner der Stiftung dieses Anliegen teilen und ich freue mich auf die gemeinsame Entwicklung und Erprobung von Handlungsansätzen, die uns diesem Ziel näher bringen.

Ihre Christiane Overkamp
Geschäftsführerin der Stiftung

Foto: Henby Sachs

Foto: picsfive



Die Welthungerhilfe veröffentlicht jährlich gemeinsam mit dem Internationalen Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) und der irischen NGO Concern Worldwide den Welthunger-Index. Die aktuelle Ausgabe steht als Download zur Verfügung unter www.welthungerhilfe.de.

Fortsetzung von Seite 1

Mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) haben sich die Mitgliedsländer auf einen umfangreichen Weltzukunftsvertrag geeinigt. Die Ziele sind ambitioniert, so sollen auch Armut und Hunger bis 2030 in jeglicher Form beseitigt sein. Die Vereinten Nationen wollen Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen, dazu sollen auch die Einkommen der Kleinbauern bis 2030 verdoppelt werden.

Hunger als ländliches Phänomen

Ausgerechnet dort, wo die Nahrung produziert wird, nämlich auf dem Land, leben weltweit drei von vier Hungernden. Um ihre Lebenssituation zu verbessern, benötigen die Menschen Zugang zu Ressourcen. Wenn Kleinbauern und -bäuerinnen über ausreichend Land und Produktionsmittel verfügen, so dass sie ertragreicher und nachhaltiger produzieren können, und wenn darüber hinaus neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen, wären das entscheidende Schritte in die richtige Richtung. Gleichzeitig muss eine am Recht auf Nahrung orientierte Handels- und Agrarpolitik ihnen einen einfacheren Marktzugang ermöglichen.

Klar ist, dass bei stetig wachsender Weltbevölkerung die Produktivität im Agrarsektor gesteigert werden muss. Wir beobachten aber, dass sich zunehmend immer größer werdende internationale Agrarunternehmen als angebliche Lösung dieser Herausforderung anbieten (mehr dazu auf Seite 5). Wer jedoch Armut und Hunger in der Welt erfolgreich bekämpfen will, kommt nicht vorbei an lokalen Kleinbauern.

Ein unfairer Handel

Armut und Hunger können auch als Folge falscher nationaler sowie internationaler Politik gesehen werden. Sicher ist, dass internationale Landwirtschafts- und insbesondere Handelspolitiken nicht ausreichend dazu beitragen, den Hunger zu überwinden. Auch die EU und der Exportweltmeister Deutschland sehen in Afrika in erster Linie einen Kontinent, mit dem man immer besser Handel treiben kann – allzu oft ohne einen Nutzen für die Bekämpfung von Armut und Hunger.

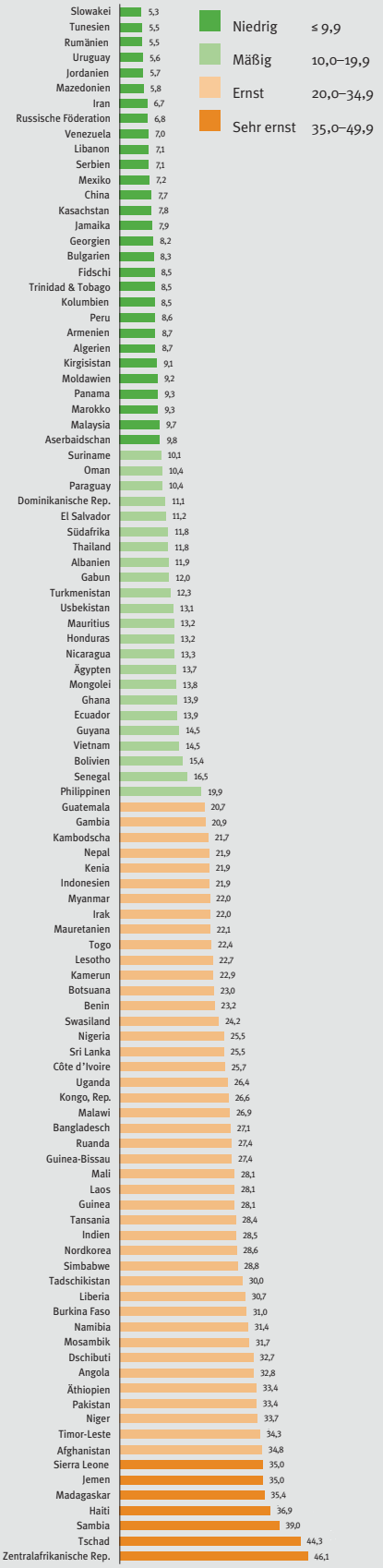
Ganz praktisch zeigt sich das an europäischen Nahrungsmittelunternehmen, die ihre Güter tonnenweise in afrikanische Hafenstädte schiffen: Dort findet man Tomatenmark aus Italien, Milchpulver aus Deutschland und Dänemark ebenso wie Tiefkühlhühnchen und Schweinefüße aus europäischer Produktion. Afrika, mit einer wachsenden Mittelschicht, ist ein wichtiger Absatzmarkt geworden. Doch die Waren werden häufig so billig angeboten, dass viele einheimische Produzenten aufgeben. Der Verband der Kleinmolkereien und Milcherzeuger in Burkina Faso beklagt, dass die lokale Milchwirtschaft der Konkurrenz aus Europa nicht standhalten könne. 225 CFA-Franc koste der Liter aus importiertem Milchpulver, während die lokalen Milchbauern und -bäuerinnen mindestens 600 Franc bräuchten. In jedem noch so kleinen Dorf sei die Importware zu finden.

Die europäische Agrarindustrie wird gestützt von Subventionen in Milliardenhöhe. Mehr als ein Drittel des gesamten Budgets der Europäischen Union fließt in Agrarsubventionen. Das sind die Kräfteverhältnisse, die den Handelsabkommen zwischen Europa und Afrika zugrunde liegen: auf der einen Seite eine hoch subventionierte Agrarindustrie mit Hightech-Fabriken, Massenproduktion und daraus resultierenden Kostenersparnissen. Auf der anderen Seite kleinbäuerliche Strukturen mit ungeklärten Landtiteln, Anbauflächen in der Größenordnung eines Hektars, schlechten Straßen und fehlenden Technologien. Dies sind keine Partnerschaften unter Gleichen. Bereits seit 2002 verhandelt die EU über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements – EPAs) mit sieben Gruppen afrikanischer, karibischer und pazifischer (AKP) Staaten. Forderung der EU ist dabei, dass die AKP-Staaten mindestens 80 Prozent ihrer Zölle in 15 Jahren abbauen. Die europäischen Regierungen beteuern, mit diesen Partnerschaftsabkommen die regionale Integration und die wirtschaftliche Entwicklung der AKP-Länder unterstützen zu wollen. Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und auch viele Regierungen der betroffenen Länder kritisieren jedoch, dass die Länder zu einer unnötig weitgehenden Öffnung ihrer Märkte für europäische Exporte von Gütern und Dienstleistungen gezwungen werden.

Dass die direkten Exportsubventionen der Industrieländer weitestgehend abgebaut wur-

weiter auf Seite 4

Welthunger-Index nach Schweregrad



Quelle: Welthungerhilfe

den, war ein wichtiger und richtiger Schritt. Doch sofern sie die landwirtschaftliche Entwicklung armer Länder durch Marktverzerrung beeinträchtigen, müssen auch weitere Agrarsubventionen in den Industrieländern konsequent abgebaut werden. Entwicklungsländern muss erlaubt sein, die lokale oder regionale Produktion von Grundnahrungsmitteln vor billigen Importen zu schützen, wenn dies die Armut mindern kann.

In Deutschland konsumieren wir heute weit mehr Lebensmittel, als wir selbst anbauen. Weil immer mehr landwirtschaftliche Fläche für Energiepflanzen oder Exportgüter genutzt wird, liegen laut Statistischem Bundesamt mittlerweile zwei Drittel der Ackerflächen, die für die Ernährung der deutschen Verbraucher benötigt werden, im Ausland. Nun könnte man meinen, dies sei von Vorteil für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen der Anbau zunehmend stattfindet. Doch statt vom Verkauf ihrer Produkte zu profitieren, werden oft genug Kleinbauern von ihrem Land verdrängt, weil es in Plantagen umgewandelt wird. (mehr zum Thema Landgrabbing auf Seite 6/7)

Regionale Wertschöpfung stärken

Allerdings sind nicht nur die internationalen Rahmenbedingungen und Agrarstrategien für die Misere verantwortlich. Wichtig wäre es zum Beispiel, lokal und regional verankerte Wirtschaftskreisläufe gezielt zu fördern. Da stehen auch die Regierungen in den von Hunger betroffenen Ländern in der Pflicht; sie müssen Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung ins Zentrum nationaler Agrarpolitiken stellen. Dafür müssen die nationalen Regierungen in Infrastruktur, Technologie und Transportwesen investieren. Auch eine bedarfsgerechte berufliche Aus- und Weiterbildung sowie der Transfer von Know-how und angepassten Technologien sind dringend erforderlich. Ziel muss es sein, Rohstoffe vor Ort zu veredeln und in Wert zu setzen. Die Wertschöpfung darf nicht im Ausland stattfinden, um die Produkte anschließend zu reimportieren.

Der regionale Handel – etwa in Afrika – könnte deutlich ausgebaut werden. Nur zehn Prozent des gesamten Warenverkehrs findet innerhalb Afrikas statt. Eine stärkere regionale Integration könnte dazu beitragen, dass der Handel untereinander angekurbelt und zu nennenswerter Beschäftigung führen würde. Dem freien Warenverkehr innerhalb Afrikas – also der Abschaffung von Zöllen und anderen Abgaben, von nichttarifären Handelshemmnissen sowie der Einrichtung gemeinsamer Außenzölle – stehen viele Hindernisse entgegen, nicht zuletzt Korruption und eine schlechte Infrastruktur.

Der regionale Handel und darüber hinaus auch der gesamte Außenhandel mit Agrargütern kann ein Motor für die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungsländern sein. Exporte von landwirtschaftlichen Rohstoffen reichen aber dazu nicht aus; wichtig ist, dass auch verarbeitete Güter ausgeführt werden und dass inländische Wertschöpfung damit verbunden ist.

Zwar hat sich die Menge der international gehandelten Agrarprodukte seit 1980 verdreifacht, die für verarbeitete Güter jedoch versechsfacht. Es gibt also eine relative Bedeutungsabnahme solcher Produkte im Welthandel. Landwirtschaft trägt heute wertmäßig nur noch etwa zehn Prozent zum gesamten Welthandel bei, Dienstleistungen dagegen 20 Prozent und verarbeitete Produkte mehr als 50 Prozent. Deshalb, und weil das Auf und Ab der Agrarpreise die Erlöse schwer kalkulierbar machen, ist jedoch Vorsicht geboten bei einer agrarpolitischen Strategie, die auf eine verstärkte Integration von Hunger betroffener Länder in den Welthandel und die internationale Arbeitsteilung setzt. Dem Hunger ist allein damit nicht beizukommen.

Broschüre zur Ernährungswende

Besser anders, anders besser – Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten: So lautet der Titel einer Publikation, die für eine Neuorientierung bei Landwirtschaft und Ernährung wirbt. Im Fokus stehen Beispiele agrarökologischer Anbaumethoden, innovativer Vermarktungswege und Initiativen zur politischen Mitgestaltung des Ernährungssystems. Herausgeber sind u. a. FIAN und Misereor. Download und Bestellung z. B. hier: http://k-urz.de/0966

Foto: Welthungerhilfe

Foto: Detlef Szillat/Welthungerhilfe

Anne-Catrin Hummel ist Referentin für Agrarpolitik in der Stabsstelle Politik und Außenbeziehungen bei der Welthungerhilfe in Bonn, Ulrich Post leitet diese Stabsstelle.

Foto: Riko Best/fotolia

Vielfalt in Gefahr

Konzentrationsprozesse beim Saatgut

Es wird die größte Übernahme, die ein deutsches Unternehmen je getätigt hat: Der Chemiekonzern Bayer kauft den US-Saatguthersteller Monsanto für 66 Milliarden Dollar. Zwar müssen die Monsanto-Aktionäre und die Kartellbehörden noch zustimmen, aber Experten gehen davon aus, dass der Deal unter einigen Auflagen zustande kommen wird. Welternährung ist längst ein globales Milliardengeschäft und die ökonomischen Aussichten müssen gut sein, wenn Bayer unbedingt einen Konzern kaufen möchte, der wegen des Pestizids Roundup, aber auch wegen seiner Fixierung auf die Gentechnik und seiner Klagefreude gegenüber Kleinbauern einen arg lädierten Ruf hat.

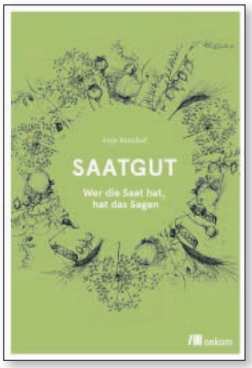
Der Wandel in der Landwirtschaft ist gewaltig. Einst wurde aus der jährlichen Ernte Saatgut für den Anbau in der kommenden Saison zurückgehalten. Über Generationen entstanden so optimal an die regionalen Bedingungen angepasste Nutzpflanzen in einer enormen Sortenvielfalt. Doch seitdem sich die Landwirtschaft mit Beginn des 20. Jahrhunderts massiv industrialisiert hat, ist die Herstellung von Saatgut zunehmend ein Privileg weniger großer Unternehmen. Laut „Weltagrarbericht“ kontrollieren heute zehn Konzerne 75 Prozent des weltweiten Saatgutmarktes, drei davon – Monsanto, DuPont und Syngenta – alleine mehr als 50 Prozent.

Manche Vorteile der modernen Pflanzenzucht sind unbestritten: Höhere Erträge, maschinelle Ernte, gute Lager– und Transportfähigkeiten. Doch das ist nur eine Seite der Medaille, der Verlust an Tradition und Autarkie die andere. Das lässt sich gut am Beispiel von Hybridsaatgut zeigen.

Die über Jahrtausende geübte Methode, einen Teil der Ernte als Saatgut zurückzuhalten, funktioniert nur mit samenfestem Saatgut, das die wesentlichen Eigenschaften der Mutterpflanze weitergibt. Doch dieses Verfahren hat in den letzten Jahrzehnten, vor allem in den Industriestaaten, immer mehr an Bedeutung verloren.

Experten schätzen, dass die überwiegende Zahl der mehr als 2.500 heute in Deutschland kommerziell genutzten Pflanzensorten Hybridzüchtungen sind. Die entstehen durch Kreuzung von zwei oder mehr genetisch möglichst weit voneinander entfernten Inzuchtlinien. Diese werden solange im Hinblick auf ihre Kreuzungseignung optimiert, bis der Züchter mit dem Produkt (F1) zufrieden ist. Diese F1-Generation ist dann das Hybridsaatgut. Die daraus entstehenden Pflanzen sind widerstandsfähiger, ertragreicher und auch gleichförmiger als andere Sorten – allerdings nur für eine einzige Generation. Deshalb sind die Landwirte gezwungen, jedes Jahr neues Saatgut zu kaufen. Durch die Konzentration auf „kurzlebige“ Hochleistungshybride sind nach Einschätzung der Welternährungsorganisation FAO drei Viertel der noch vor gut 100 Jahren existierenden Sortenvielfalt bei Nutzpflanzen verloren gegangen.

Gerade von Politikern wird immer wieder die Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für eine sichere Ernährung betont. Nicht ohne Grund: Nach Angaben der Entwicklungsorganisation Oxfam produzieren 500 Millionen kleinbäuerliche Betriebe in Entwicklungsländern Nahrung für nahezu zwei Milliarden Menschen. Hier ist die Landwirtschaft vielerorts noch vom klassischen Nachbau mit einem Teil des Saatguts vom Vorjahr sowie dem Saatguttausch geprägt. So liegt der Anteil kommerziellen Saatguts in der indischen Landwirtschaft bei nur 30 Prozent, in Afrika sogar unter 10 Prozent.



Buchtipp
Anja Banzhaf:
Wer die Saat hat, hat das Sagen.
oekom verlag, München 2016,
272 Seiten, 19,95 €

Seit einigen Jahrzehnten jedoch drängen Konzerne verstärkt auf die Märkte von Schwellen- und Entwicklungsländern, nicht nur bei Nahrungsmitteln. Monsanto etwa hat in Indien viele kleinere Saatgutlieferanten für Baumwolle aufgekauft und lässt den heimischen Baumwollbauern immer weniger Alternativen zum gentechnisch veränderten Saatgut, das zudem jedes Jahr neu gekauft werden muss. Die daraus wachsenden Pflanzen sind nicht an die regionalen Verhältnisse angepasst, deshalb müssen teure, gesundheits- und umweltschädliche Düngemittel und Pestizide eingesetzt werden. Wenn dann die Gewinne hinter den Erwartungen zurückbleiben, sind viele kleinbäuerliche Betriebe ruiniert.

Beim Thema Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern hat der ehemalige UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, bereits vor Jahren davor gewarnt, alleine auf „große“ Lösungen zu setzen: „Die Oligopole einiger Anbieter können dazu führen, dass armen Landwirten der Zugang zu Saatgut, einem für sie lebenswichtigen Produktionsmittel, verwehrt wird.“ Armut und Hunger ließen sich am besten bekämpfen, wenn den Kleinbauern in den Ländern des Südens der freie Zugang zu Saatgut erhalten bleibe.

Unsere Stiftung hat mehrere Projekte zum Thema Saatgut gefördert, darunter Saatgutfestivals in Bonn und Düsseldorf.

⇢ Weitere Informationen unter www.nutzpflanzenvielfalt.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3506, U-3561 und U-3616

Foto: FIAN

Philippinen: Demonstration gegen Landgrabbing

Unter falscher Flagge

Hungerbekämpfung als Vorwand für Spekulation

Von Roman Herre

Nichtregierungsorganisationen wie das FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk (FIAN) oder Grain dokumentieren seit 2008 weltweit einen rasanten Anstieg von großflächigen Landaufkäufen. Diese Entwicklung wurde schnell mit dem Schlagwort „Landgrabbing“ belegt. Ländlichen Gemeinden wird häufig regelrecht der Boden unter den Füßen weggezogen und oft kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen, etwa gewaltsamen Vertreibungen.

Schuld sind die anderen

„Chinesen und Araber kaufen Land in armen Ländern in kolossalem Ausmaß“. So titelte der Economist im Mai 2009. Westliche Entwicklungshilfe, Politik und Wirtschaft nutzten diese Vorlage und verbreiteten die Botschaft von skrupellosen Chinesen und Arabern. Schuldzuweisungen in den eigenen Reihen waren damit vom Tisch. Heute wissen wir: das war eine grandiose Fehlanalyse. Sie hat aber effektiv verdeckt, dass die westliche Welt weitaus „kolossaler“ unterwegs ist in Sachen Landgrabbing. Die Zahlen belegen das und weisen der Finanzwelt eine bedeutende Rolle zu. Die internationale Arbeitsgemeinschaft „Land Matrix Global Observatory“ sieht die USA mit 8,8 Millionen Hektar als Hauptherkunftsland der „Landgrabscher“ (wörtliche Übersetzung von „Landgrabbing“), gefolgt von Malaysia mit seinem global agierenden Palmölkomplex (3,9 Millionen Hektar) und dem Finanzparadies Singapur (3,2 Millionen Hektar). Die Top 10 der europäischen Länder sind zusammen mit 10,2 Millionen Hektar, ungefähr der Ackerfläche Deutschlands, dabei. Ganz vorne die Finanzparadiese England, Liechtenstein und Luxemburg.

Angesichts komplexer Beteiligungs- und Finanzierungsstrukturen sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Es kommt nicht selten vor, dass ein Joint Venture aus nationalen und internationalen Akteuren Land aufkauft oder über mehrere Generationen pachtet. Zusätzlich finanzieren oft Investmentfonds oder Banken – auch Entwicklungsbanken – solche Joint Ventures im Hintergrund. Da kommt man schnell auf Banken und Firmen aus zehn und mehr Ländern. Welchem dieser Länder soll man den Fall zuordnen?

Auch die aktuelle Studie des Europaparlaments „Land Grabbing and Human Rights“ unterstreicht, dass komplexe Finanzierungen eine zentrale Rolle bei der globalen Jagd nach Ackerland spielen. Neben direkten Investitionen wird immer mehr über öffentlich-private Partnerschaften und staatlich mandatierte Entwicklungsbanken, wie die in Köln ansässige Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG, finanziert. Typisch – so die Studie – ist zudem eine Vermischung dieser Mechanismen und Akteure.

Acker: Im Visier der Finanzwelt

Ab etwa 2006 haben Investmentfonds und Banken systematisch begonnen, Land und landwirtschaftliche Produktion in ihre Investment- und Spekulationsstrategien aufzunehmen. So hatte beispielsweise der Fondsmanager der Deutschen Bank Gruppe, die DWS, bis 2010 schon 280 Millionen Euro in Firmen investiert,

die über drei Millionen Hektar Land in Südamerika, Afrika und Südostasien hielten.

FIAN konnte 2010 im Rahmen eines von der Stiftung Umwelt und Entwicklung finanzierten Projekts aufdecken, dass die Deutsche Bank über die DWS in Kambodscha in Landgrabbing verwickelt war. Die DWS war der fünftgrößte Anteilseigner des thailändischen Zuckerkonzerns KSL, der in der kambodschanischen Provinz Koh Kong durch die Aneignung von 19.100 Hektar Land für massive Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich war. Zwar zog sich die DWS, nachdem „Report Mainz“ darüber berichtete, aus der Firma zurück, jedoch kämpfen die Betroffen bis heute um ihr Land und ihre Rechte.

Das heimliche Schwergewicht der Finanzwelt sind jedoch Pensionskassen. Sie verwalten weltweit geschätzte 32 Billionen US-Dollar. Ihre Anlagestrategien haben globale Auswirkungen. Und auch sie haben Land als Renditeobjekt entdeckt.

Globaler Landfonds mit Investitionen aus NRW

TIAA CREF (Teachers Insurance and Annuity Association of America - College Retirement Equities Fund) aus den USA ist eins der größten Versorgungswerke weltweit. Unter dem Dach der eigenen Investmentfirma TIAA CREF Global Agriculture (TCGA) kauft es weltweit Agrarland auf. Fünf Milliarden US-Dollar wurden dafür von Versorgungswerken aus aller Welt eingesammelt. Neben Kanada, Schweden und den Niederlanden hat auch die deutsche Ärzteversorgung Westfalen-Lippe 100 Millionen US-Dollar dort investiert. In Brasilien hat TCGA mittlerweile nach eigenen Angaben über 250.000 Hektar Land aufgekauft. Da sich die Investoren weigern, konkrete Daten zu den aufgekauften Flächen zu veröffentlichen, bleiben bis heute die exakten menschenrechtlichen Folgen der massiven Landkäufe im Dunkeln. Die Regionen der Flächenaufkäufe und einige Mittelsmänner konnten jedoch identifiziert werden. Die Recherchen bestätigen viele Befürchtungen: Land wurde über dubiose Firmengeflechte und kriminelle Machenschaften organisiert. Die Folgen tragen die Bauernfamilien: Sie verlieren Land, Weiden, Wälder und Wasser.

Foto: FIAN

Kambodscha: Das Geschäft mit Landgrabbing brummt

FIAN Schweden hatte vor einem Jahr einen Bericht zur schwedischen Beteiligung am TCGA-Fonds bei den Vereinten Nationen eingereicht. Der zuständige Menschenrechtsausschuss kritisierte das „Fehlen einer systematischen Kontrolle“ der menschenrechtlichen Auswirkungen der Investitionen. Er forderte den Vertragsstaat Schweden auf, seine „Überwachung von Investitionsentscheidungen“ des Pensionsfonds und anderer privater Investitionen deutlich zu stärken. Der Ausschuss unterstreicht damit die menschenrechtliche Verantwortung Schwedens. Ähnliche Fragen muss sich möglicherweise auch die Bundesregierung gefallen lassen, wenn sie 2017 dem UN-Ausschuss über ihre Bemühungen zur Umsetzung der Menschenrechte berichtet.

Scheinargument Hungerbekämpfung

Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL) rechtfertigt ihre Investition mit dem Ziel, „... dem notwendigen globalen Strukturwandel in der Agrar- und Nahrungsmittelproduktion humanitäre, ethische und umweltpolitische Kriterien zugrunde zu legen und den steigenden Nahrungsmittelbedarf in Angriff zu nehmen“. (Geschäftsbericht 2013) Diese Rhetorik haben sich viele Investoren zu eigen gemacht. Sie basiert auf einem einfachen Dreisatz: Die Weltbevölkerung wächst bis 2050 auf über neun Milliarden Menschen. Daher müssen wir mehr und effizienter produzieren. Und das geht nur mit kapitalintensiven Investitionen.

Der Dreisatz verschleiert, dass Hunger in erster Linie eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit und damit hochpolitisch und fernab von globalen Produktionsmengen ist. Er verschleiert zudem, dass die Expansion der agrarindustriellen Landwirtschaft wie in Brasilien inhärent mit der Vertreibung und Verdrängung von Kleinbauernfamilien und Indigenen verbunden ist. Er erfüllt aber einen wichtigen Zweck: Investoren etikettieren ihre problematische Markt- und Machtexpansion als Lösung für den Hunger in der Welt um.

Was kann getan werden?

Die Finanzwelt spielt also eine ganz bedeutende Rolle beim Landgrabbing. Das Beispiel der Pensionskassen zeigt, dass die Herkunftsstaaten der Gelder kaum auf dieses drängende Problem reagieren. Wie der UN-Ausschuss im Fall Schweden hervorhebt, werden sie damit ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht gerecht. Daher sollten Staaten aktive Schritte unternehmen, um menschenrechtliche Auswirkungen von Investitionen aus dem eigenen Land besser zu überwachen.

Unter anderem könnten die Botschaften im Ausland angewiesen werden, menschenrechtlich relevante Informationen zu solchen Investitionen einzuholen und Beschwerden von Betroffenen nachzugehen. Aber es wäre auch wichtig, die zahlreichen Regulierungslücken in der Finanzwelt zu identifizieren und zu stopfen. Dabei sind Regulierungen auf verschiedensten Ebenen möglich. Die 2012 auf internationaler Ebene verabschiedeten Leitlinien zum Thema Land müssten effektiver umgesetzt und stärker in nationales Recht aufgenommen werden. Im Lichte des oben geschilderten Falles der ÄVWL wäre auch denkbar, dass im Landesversicherungsaufsichtsgesetz (VAG NRW) die Einhaltung der Menschenrechte als Teil der Aufsichtspflicht konkret festgehalten würde.

Foto: FIAN

Roman Herre ist Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN, die sich vor allem für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt. FIAN steht für FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk. FIAN besitzt Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, dokumentiert seit 1986 Menschenrechtsverletzungen anhand konkreter Fall- und Länderberichte und unterstützt die Betroffenen, ihre Rechte einzufordern.

Fotos: Thomas Imo/photothek.net

Kleinbauern im äthiopischen Hochland ernten Teff, das meistangebaute Getreide und Grundnahrungsmittel in Äthiopien.

Äthiopien wird wieder grün

Erfolgreiches Programm zur Boden- und Wasserkonservierung

Von Johannes Schoeneberger

Äthiopien ist mit seinen mittlerweile fast 100 Millionen Einwohnern nach Nigeria das bevölkerungsreichste Land in Afrika. Die Landwirtschaft ist der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig: Sie beschäftigt 80 Prozent der Menschen und trägt mit 47 Prozent den größten Anteil zum Bruttoinlandsprodukt und fast 80 Prozent zu den Exporten bei. Die große Mehrheit der Landwirte lebt und wirtschaftet in den dicht besiedelten ländlichen Hochlandregionen als Subsistenzbauern, die im Regenfeldbau für den Eigenbedarf produzieren. Diese Arbeit macht sie extrem anfällig für die unregelmäßigen Niederschläge und die häufig auftretenden Dürreperioden wie die des letzten Jahres.

Aufgrund des noch immer hohen Bevölkerungswachstums von 2,7 Prozent (das bedeutet eine Verdopplung der Bevölkerung alle 30 Jahre) ist der Druck auf die Ackerflächen im Hochland enorm. 2013 bearbeitete eine äthiopische Bauernfamilie im Durchschnitt etwa einen Hektar Land. Die knappen Landressourcen haben im Zusammenspiel mit Überweidung durch Viehherden, Abholzung von Hanglagen und unangepassten Bewirtschaftungsmethoden in weiten Teilen des Landes zu einer starken Degradierung der Böden durch Wasser- und Winderosion geführt.

Geschätzte 27 Millionen Hektar Land, etwa die Hälfte des gesamten Hochlands, sind von Erosion betroffen. Landesweit wird die ungeheure Menge von 1,5 Milliarden Tonnen Erde jährlich weggespült: das entspricht der Ladung eines Güterzugs, der so lang ist, dass er den Äquator dreimal umspannt. Die Landdegradierung ist eine der wichtigsten Ursachen für die geringe landwirtschaftliche Produktivität in Äthiopien. Sie ist für einen jährlichen Schaden in der Größenordnung von zwei bis drei Prozent des landwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich und trägt direkt zu der großen Armut im Land bei. In manchen Gebieten ist schon jetzt die ausreichende Ernährung der Menschen nicht mehr gesichert, in vielen weiteren droht eine ähnliche Situation.

Nachhaltige Landbewirtschaftung fördern

Die äthiopische Regierung hat dieses Problem erkannt und 2008 ein landesweites Programm zur Boden- und Wasserkonservierung ins Leben gerufen, das Programm zur nachhaltigen Landbewirtschaftung (Sustainable Land Management Program, SLMP). Umgesetzt wird es in mehr als 200 Hochlanddistrikten vom nationalen Landwirtschaftsministerium und seinen dezentralen Einrichtungen, die von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH beraten werden. Zusammen mit anderen Partnern, wie der Food and Agricultural Organisation der Vereinten Nationen, hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit das Ministerium schon lange vorher, unter anderem bei der Erprobung und Dokumentierung angepasster Landnutzungsmethoden und bei der Konzeption des Programms, unterstützt. Das Programm basiert auf relativ einfachen, aber wirksamen Methoden, die die Kleinbauern selbst umsetzen können. Dazu gehören zum Beispiel großflächige Terrassierungen, Verbauung von großen Erosionsrinnen, Schutz der Hanglagen vor Überweidung, Weidemanagement, Einführung von Stallhaltung für Nutztiere oder Wiederaufforstungen.

Die Planungs- und Umsetzungseinheiten sind mittelgroße Wassereinzugsgebiete von jeweils etwa 10.000 Hektar. In einem ersten Schritt wird für jedes Gebiet gemeinsam mit den Gemeinden eine Problemanalyse erstellt und darauf aufbauend ein sogenannter Rehabilitierungs- und Managementplan. Dieser Prozess kann sechs Monate oder länger dauern, ist aber für den Erfolg der folgenden Schritte von

größter Bedeutung: Nur wenn die Dorfbewohner sich mit den Maßnahmen einverstanden erklären und sich mit ihnen identifizieren, werden sie diese auch nach Programmende nachhaltig fortführen.

Im zweiten Schritt erfolgt die eigentliche Umsetzung, zum Beispiel die Terrassierung von Hängen. Diese Phase dauert zwischen zwei und vier Jahren und erfordert einen enormen Arbeitseinsatz der Bevölkerung, eine Veränderung althergebrachter Gewohnheiten (zum Beispiel die Umstellung auf Stallhaltung der Nutztiere) sowie erhebliche Investitionen. Die Kosten tragen zum großen Teil die Entwicklungspartner Äthiopiens, wie die Weltbank, die Europäische Union sowie die finnische, die norwegische, die kanadische und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung unterstützt das Programm einerseits finanziell über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und anderseits durch fachliche Beratung über die GIZ. Die äthiopische Regierung trägt die nicht unerheblichen Personalkosten des Vorhabens. Neben den staatlichen Landwirtschaftsexperten in den Distrikten unterhält das Land nämlich ein riesiges Netz von Landwirtschaftsberatern. Es dürfte weltweit einzigartig sein, dass in jedem Dorf drei Berater arbeiten, die in Berufsschulen ausgebildet wurden: eine Fachkraft für Pflanzenbau, eine für Tierzucht und eine für das Management natürlicher Ressourcen. Nur durch diese Struktur mit permanenter Präsenz in den Dörfern ist die flächendeckende Umsetzung des SLM-Programms überhaupt möglich.

Wichtig: langfristiger ökonomischer Nutzen

In der dritten Phase des Programms, der sogenannten ökonomischen Entwicklungsphase, werden die Bauern dabei unterstützt, die wieder nutzbaren Flächen profitabler zu bewirtschaften. Dies geschieht über verbessertes Saatgut, angepasste Fruchtfolgen, die Einführung von Obst- und Gemüseanbau für den Markt und die Weiterverarbeitung von Produkten wie Honig, Pflanzenöl und Milch. Die größte ökonomische Wirkung wird allerdings mit der Einführung von Bewässerungslandwirtschaft erzielt. Dadurch, dass das Wasser in der kurzen, aber heftigen Regenzeit auf den Terrassen und an den wiederbegrünten Hängen nicht mehr oberflächlich abläuft, sondern langsam einsickert, erhöht sich der Grundwasserspiegel und unterirdische natürliche Wasserspeicher füllen sich wieder auf. Das Wasser tritt dann talwärts als permanente Quelle wieder aus oder es kann mittels Brunnen zur Bewässerung genutzt werden. Das schafft einen zweifachen Nutzen: Zum einen sichert die Bewässerung die Haupternte, indem sie Trockenperioden überbrückt, die im Zuge des Klimawandels immer häufiger werden. Zum anderen können die Kleinbauern in der Trockenzeit ein zweites Mal aussäen und zum Beispiel Gemüse für den Markt anbauen, das auf Grund des geringen Angebots einen hohen Preis erzielt.

Die betriebswirtschaftlichen Wirkungen sind für die Nachhaltigkeit des Programms von ausschlaggebender Bedeutung: Nur wenn die Bauern einen langfristigen wirtschaftlichen Nutzen von den Maßnahmen haben, werden sie auch nach Ablauf der Förderung durch das SLM-Programm die Terrassen pflegen und die Hangschutzmaßnahmen weiterführen.

Die bisherigen Erfolge des Programms sind beeindruckend:

- Die Fläche, die nun von 670 Dorfgemeinschaften mit nachhaltigen Landmanagementmethoden bewirtschaftet wird, hat sich seit Programmbeginn um 390.000 Hektar erhöht.
- Mehr als 2.000 Hektar Ackerfläche können permanent bewässert werden.
- Die Produktivität der drei wichtigsten regionalen Nutzpflanzen ist im Projektgebiet um 20 Prozent gestiegen. Bei Weizen und Mais lagen die Ertragssteigerungen bei circa 80 Prozent; der jährliche Milchertrag der Kühe konnte um fast 40 Prozent erhöht werden.
- Mehr als 190.000 Bauernfamilien profitieren von diesen Produktivitätssteigerungen. Viele von ihnen produzieren nun Überschüsse, die sie auf den lokalen Märkten verkaufen können.

Die Erfolge der Maßnahmen haben dazu geführt, dass diese mittlerweile auch außerhalb des Programmgebiets von Kleinbauern ohne externe Unterstützung angewandt werden.

Nicht zu unterschätzen sind weitere, indirekte Wirkungen des Programms: Die Kleinbauern sind besser gegen die Auswirkungen des Klimawandels gewappnet. Während der letzten großen Dürre in 2015 hat sich deutlich gezeigt, dass die Landwirte in den Programmregionen weniger von Ernteausfällen betroffen waren als die Bauern in Nachbarregionen. Und nicht zuletzt führt die Verringerung der Bodenerosion und der Sedimentablagerungen dazu, dass sich die Lebensdauer der zahlreichen Staudämme, die das Land zu einem Exporteur von erneuerbarer Energie machen sollen, um viele Jahre erhöht.

Fotos: Thomas Imo/photothek.net

Mühsame Arbeit: Äthiopischer Bauer mit Handhacke

Dr. Johannes Schoeneberger ist Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Seit 2010 unterstützt er als Programmmanager das Sustainable Land Management Program in Äthiopien.

Foto: picture alliance/Geisler-Fotopress

Großdemonstration in Köln gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA im September 2016

Weiter Gegenwind

Bündnis gegen CETA und TTIP in NRW

Nach langen Diskussionen, vor allem auf Seiten der EU-Mitgliedstaaten, haben hochrangige Vertreter der Europäischen Union und Kanadas am 30. Oktober das gemeinsame Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) unterzeichnet. Das Abkommen zum Abbau von Zöllen und anderen mutmaßlichen Handelshemmnissen sowie zur Harmonisierung soll nun so schnell wie möglich in Kraft treten. Lediglich einige Teile, bei denen nationale Parlamente ein Mitspracherecht haben, können erst nach deren Zustimmung angewendet werden.

Während sich die Wirtschaft klar für das Abkommen ausspricht, wollen vor allem Umwelt-, Entwicklungs- und Sozialverbände, Gewerkschaften und kirchliche Initiativen CETA stoppen. Sie befürchten, dass Verbraucherschutz- und Umweltstandards in der EU gesenkt und Arbeitnehmerrechte aufgeweicht werden. In der Kritik stehen auch der Investorenschutz – also die Möglichkeit von Unternehmen, vor privaten Schiedsgerichten gegen nationale Gesetze zu klagen – und nicht zuletzt die Intransparenz der Verhandlungen.

Umweltverbände sorgen sich vor allem um das bisher in Europa geltende Vorsorgeprinzip. Durch die für CETA geplante Deregulierung könnten künftig bedenkliche Produkte und Verfahrenstechniken erst verboten werden, nachdem sie bereits zugelassen sind und nachweislich Schaden für Mensch oder Umwelt verursacht haben. Zudem könnten die vergleichsweise hohen Bewirtschaftungsauflagen in europäischen Naturschutzgebieten unter CETA als Investitionshindernis gewertet werden. Unternehmen hätten damit Möglichkeit, vor Schiedsgerichten hohe Schadensersatzforderungen auf entgangene potenzielle Gewinne zu stellen.

Mindestens ebenso umstritten wie CETA ist das bisher geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA. Hier haben die Kritiker jetzt Schützenhilfe von einer ganz anderen Seite bekommen. Der künftige US-Präsident Donald Trump sieht den Freihandel grundsätzlich als Gefahr für die Interessen seines Landes und hat angekündigt, unter dem Motto „Amerika zuerst“ nur noch bilaterale Abkommen schließen zu wollen. Wenn es so kommt, dürfte TTIP gestorben sein

Um die Ratifizierung der Handelsabkommen zu verhindern, gründete sich in Nordrhein-Westfalen im Mai 2016 das Bündnis „NRW gegen CETA und TTIP“. Die 42 Mitgliedsorganisationen riefen zu einer Demonstration gegen beide Abkommen am 17. September in Köln auf. Knapp 50.000 Menschen folgten diesem Aufruf und zogen von Deutz über den Rhein in die Innenstadt. Bundesweit gingen an diesem Tag mehr als 300.000 Menschen gegen CETA und TTIP auf die Straße. Mit einer Volksinitiative, die unter anderem von den Grünen, der Linken und der Piratenpartei in NRW unterstützt wird, will das Bündnis die Landesregierung dazu bringen, im Bundesrat gegen die Freihandelsabkommen zu stimmen. Damit der Landtag sich mit dieser Forderung befasst, müssen sich mindestens 66.322 Bürgerinnen und Bürger aus NRW in die entsprechenden Unterschriftenlisten eintragen.

Die EU und Kanada wollen den CETA-Kritikern mit Zusatzerklärungen und Schutzklauseln für besonders sensible Bereiche entgegenkommen. Zudem soll der Europäische Gerichtshof ein Gutachten zu den Klagemöglichkeiten von Unternehmen gegen Staaten erstellen. Die Kritiker aus dem Bündnis „NRW gegen CETA und TTIP“ sehen darin bloße Kosmetik und bleiben bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung beider Abkommen. „CETA muss jetzt noch durch das Europaparlament und die nationalen Parlamente ratifiziert werden. In Deutschland muss auch der Bundesrat zustimmen. Deshalb werden wir weiterhin auf die Landesregierung einwirken, um ein Nein des Landes im Bundesrat zu erreichen“, so Alexander Trennheuser, Landesgeschäftsführer der Initiative „Mehr Demokratie“, die das Bündnis mit ins Leben gerufen hat.

⇢ Weitere Informationen unter www.nrw-gegen-ceta.de

Foto: AP Photo/David Keyton

Demonstration bei der Klimakonferenz in Marrakesch im November 2016

Schneller als gedacht

Der Weltklimavertrag tritt in Kraft

Plötzlich ging alles ganz schnell: Nachdem Frankreich als erstes Industrieland am 15. Juni das Pariser Weltklimaübereinkommen ratifiziert hatte, zogen mit China und den USA Ende September beim G20-Gipfel die beiden weltweit größten Treibhausgasproduzenten nach. Die Nummer 3, Indien, trat dem Abkommen am 2. Oktober bei und zwei Tage später folgte das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit. Damit das im Dezember 2015 in Paris vereinbarte Klimaabkommen in Kraft tritt, müssen es mindestens 55 Vertragsparteien ratifizieren, die für wenigstens 55 Prozent des weltweiten Ausstoßes an Treibhausgasen verantwortlich sind. Diese Hürde wurde mit der EU-Zustimmung genommen.

Vor knapp einem Jahr kannte die Euphorie unter den Delegierten des Pariser Klimagipfels keine Grenzen. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sprach von einem historischen Wendepunkt: „Wir haben alle zusammen Geschichte geschrieben." Jenseits aller Superlative hat Paris die Hoffnung genährt, dass die Wende beim Klimaschutz doch noch gelingen kann. Erstmals wurde die Zwei-Grad-Obergrenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festgeschrieben. Darüber hinaus wollen sich alle Staaten darum bemühen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Damit wurde die bisherige strikte Trennung in Industriestaaten, Entwicklungs- und Schwellenländer beim Klimaschutz im Ansatz überwunden.

Ob man wirklich von einem historischen Wendepunkt sprechen kann, hängt von den Taten ab, die den hehren Worten folgen müssen. Die derzeit vorgesehenen Beiträge der einzelnen Länder, die sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDCs), reichen nicht aus. Bliebe es bei den bisherigen nationalen Klimaplänen, gehen Experten bis zum Jahr 2100 von einer durchschnittlichen globalen Erwärmung zwischen 2,7 und 3,5 Grad Celsius aus.

Ungeachtet dessen beharrt die EU auf ihren bereits 2014 beschlossenen Maßnahmen, die sich jedoch noch an der alten Zwei-Grad-Zielmarke orientieren. „Die Zeiten sind vorbei, in denen die EU internationaler Vorreiter war", kritisiert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. Um nicht den Anschluss beim globalen Klimaschutz zu verlieren, müsse die EU vor allem bei der Energieeffizienz und beim Emissionshandel deutlich nachbessern. Bals forderte die Bundesregierung auf, mit den EU-Bremserstaaten, wie etwa Polen, engagierte Verhandlungen über höhere Klimaziele zu führen.

Das wäre einfacher, würde Deutschland die eigenen Verpflichtungen einhalten. Doch der Plan, den Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent (gegenüber 1990) zu senken, ist nach Ansicht von Experten ohne deutlich ambitioniertere Maßnahmen als bislang nur schwer zu erreichen. Vor allem der Verkehrssektor muss mehr zum Klimaschutz beitragen, allerdings deutet der aktuelle Bundesverkehrswegeplan eher in die entgegengesetzte Richtung. Nach heftigen Kontroversen verständigte sich die Bundesregierung kurz vor der UN-Klimakonferenz in Marrakesch (7.–18. November 2016) doch noch auf einen „Klimaschutzplan 2050". Der allerdings enthält zwar konkrete CO_2-Minderungsziele für die einzelnen Sektoren, ist jedoch nach Einschätzung vieler Kritiker bei den notwendigen Maßnahmen weniger konkret. Vor allem beim Thema Kohle gebe es „eine Leerstelle", so Regine Günther, Generaldirektorin Politik und Klimaschutz beim World Wide Fund for Nature.

Die Konferenz in Marrakesch stand unter dem Zeichen der US-Wahlen. Die Ankündigung des zukünftigen US-Präsidenten Donald Trump, die internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz in Frage zu stellen, relativierte die vom scheidenden Außenminister John Kerry vorgestellten ambitionierten Klimaschutzziele der USA bis 2050. Neben den USA und Deutschland präsentierten auch Mexiko und Kanada langfristige Klimaschutzpläne. Als zentrales Ergebnis von Marrakesch gilt die Ankündigung des „Climate Vulnerable Forum", eines Zusammenschlusses von 48 Staaten, bis spätestens 2050 ihre Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen.

Die nächste Klimaschutz-Konferenz im November 2017 wird in Bonn stattfinden, aber von Fidschi organisiert werden. Der Inselstaat leidet selbst besonders unter den Folgen des Klimawandels. Vielleicht erhält der globale Klimaschutz bis dahin weiteren Rückenwind durch die kürzlich erfolgte Aktualisierung des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht: Die Staatengemeinschaft hat sich am 15. Oktober darauf verständigt, auf die im Vergleich zu CO_2 rund tausendmal klimaschädlicheren Fluorkohlenwasserstoffe, die zum Beispiel in Kühlschränken oder Klimaanlagen verwendet werden, schrittweise zu verzichten.

Foto: countrypixel

Besser planen

Konflikte zwischen Windenergie und Naturschutz

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist in Deutschland kein grundsätzliches Konfliktthema mehr. Was sollte man auch gegen unerschöpfliche Energiequellen haben, die auf lange Sicht deutlich weniger kosten als ihre fossilen Alternativen und die zudem das Klima nicht belasten? Bei allem Konsens – über die richtige Umsetzung der Energiewende wird dennoch heftig diskutiert. Dabei geht es um Ausbauziele, um Kosten, um das Für und Wider neuer Stromleitungen und die Frage, wie lange wir noch Kohlekraftwerke in Reserve halten wollen.

Zunehmend geht es aber auch um geeignete Standorte für Windkraftanlagen, und dabei zanken sich Natur- und Heimatschützer mit Klimaschützern – eigentlich allesamt Protagonisten eines nachhaltigen Zukunftsmodells. In NRW herrsche „Goldgräberstimmung“ unter den Betreibern von Windkraftanlagen, klagen Naturschützer, und sie klagen wirklich: Etwa gegen den Bau von elf Windkraftanlagen im Stadtgebiet von Marsberg, deren Planung aus „immissions-, arten- und landschaftsschutzrechtlichen Gründen nicht zulässig ist“, so der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck. Das Gebiet sei unter anderem als Bruthabitat gefährdeter Vogelarten, wie Rotmilan, Wiesenweihe, Feldlerche und Wachtel, von herausragendem Wert.

Der NABU betreibt keine Grundsatzopposition gegen Windkraft, im Gegenteil. Der Verband plädiert in einer gemeinsamen Erklärung mit dem BUND, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und dem Bundesverband Windenergie für „eine konsequente Energiewende in Nordrhein-Westfalen, bei der die Windenergie eine tragende Rolle spielen müsse“. Die allerdings könne „nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die anerkannten Naturschutzverbände von Anfang an beteiligt werden“, so der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Aktuell führten der Mangel an Steuerung sowie Konflikte vor Ort dazu, dass Windenergieprojekte nicht oder nur langsam realisiert werden könnten.

Längst wird auch innerhalb der Umweltverbände gestritten. „Ganz neue Fronten tun sich auf: Klimaschützer gegen Landschaftsschützer. Junge, global denkende Umweltaktivisten gegen regional verwurzelte Naturfreunde alten Schlags“, hieß es dazu in der ZEIT (32/2015). Während die einen die Ausbauziele der Bundesregierung und damit die Energiewende insgesamt gefährdet sehen, fürchten die anderen um den Fortbestand bedrohter Arten und verweisen auf das „Helgoländer Papier“. Dort hat die Länderarbeitsgemeinschaft der staatlichen Vogelschutzwarten aktuelle Erkenntnisse zur Gefährdung von Vögeln durch Windkraft an Land zusammengestellt und Mindestabstände zwischen windkraftsensiblen Vogelvorkommen und Windenergieanlagen vorgeschlagen.

Doch auch die Windkraftlobby beruft sich auf Studien, etwa eine Untersuchung des Schweizer Ingenieurbüros KohleNusbaumer mit dem Titel „Windenergie und Rotmilan – ein Scheinproblem“. Gegenwind kommt ebenfalls vom „Aktionsbündnis Artenschutz durch Erneuerbare“, in dem sich Anfang 2016 rund 70 Windenergiegesellschaften in Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen haben. Sie werfen dem NABU vor, Windenergie-Projekte zu behindern und so die Energiewende zu torpedieren. Dabei seien vielerorts die Vogelpopulationen angestiegen und zwar durch Kompensationsprojekte aus den gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungszahlungen der Windkraftbetreiber.

Es stünde beiden Seiten gut zu Gesicht, rhetorisch abzurüsten und genauer hinzusehen. Für den Rückgang mancher Vogelarten sind weniger neue Windkraftanlagen als vielmehr der Verlust an Lebensräumen durch eine intensive Landwirtschaft verantwortlich. Was die angebliche Klagewut der Naturschutzverbände betrifft: Nach einer Studie des Umweltbundesamtes haben bei bundesweit jährlich rund 700 Vorhaben zwischen 2006 und 2012 alle Umweltverbände zusammen im Schnitt zwölf Klagen pro Jahr eingereicht – das entspricht einer Klagequote von 1,7 Prozent und dürfte die Energiewende kaum gefährden. 2015 wurden in NRW drei Verbandsklagen gegen Windenergieprojekte erhoben.

Das Verbandsklagerecht erlaubt es den Umweltverbänden, die Rechtmäßigkeit von Genehmigungen und die korrekte Umsetzung des Planungsrechts von einem Gericht überprüfen zu lassen. Konflikte um die geeigneten Standorte lassen sich am besten vermeiden, indem bei der Planung alle Vorgaben eingehalten und sämtliche Betroffenen vor Ort frühzeitig mit einbezogen werden. Das mag zwar mühselig erscheinen, führt aber in der Regel schneller zu einem – langfristig haltbaren – Ergebnis.

Heute handeln!

5. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Münster

Der Wettergott hatte es gut gemeint: Bei wunderbarem Spätsommerwetter konnten die Teilnehmenden der NRW-Nachhaltigkeitstagung auf dem Münsteraner Schlossplatz den Markt der Möglichkeiten besuchen und von der Sonne beschienen ihren Mittagsimbiss einnehmen. Keine Selbstverständlichkeit an einem 29. September. Das Münsteraner Schloss, Hauptgebäude der Westfälischen Wilhelms-Universität, war bewusst als Tagungsort gewählt worden, um die wichtige Rolle von Wissenschaft und Forschung für den Nachhaltigkeitsprozess zu verdeutlichen.

Im Zentrum der 5. NRW-Nachhaltigkeitstagung stand die Frage: Wie geht es weiter auf dem Weg zur Nachhaltigkeit? Unter dem Motto „Heute handeln!“ diskutierten über 400 Aktive aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Möglichkeiten zur Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, die im Juni dieses Jahres von der Landesregierung verabschiedet wurde.

„Nachhaltigkeit kann nicht von der Politik oktroyiert werden, sondern muss von unten wachsen. Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie bietet einen Handlungsrahmen, den wir nun mit Leben füllen müssen“, erklärte NRW-Umweltminister Johannes Remmel zur Eröffnung der Tagung, die einen besonderen Fokus auf das Engagement von Kommunen und Wissenschaft richtete. Die Transformation zur Nachhaltigkeit soll – wie bereits die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie – ein breit angelegter und partizipativer Prozess werden. Weitere Impulse der Landes- und Bundesebene kamen von NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann und Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Dass erfolgreiche Nachhaltigkeitsprozesse vor allem von den Menschen vor Ort getragen werden, zeigten Beispiele aus Münster, Dortmund und dem Kreis Steinfurt, die zu den 15 Modellkommunen im Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ gehören, und aus der Stadt Essen, die 2017 „Grüne Hauptstadt Europas“ sein wird. Unter der Moderation von Tanja Busse stellten die Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster) und Ullrich Sierau (Dortmund), die Beigeordneten Simone Raskob und Matthias Peck sowie Landrat a. D. Thomas Kubendorff die Aufgaben und Herausforderungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung dar. Einen Blick über die nationalen Grenzen ermöglichte Rolf Holub, Landesrat für Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und öffentlichen Verkehr in Kärnten.

Neben den Plenarveranstaltungen fanden zehn Foren statt, unter anderem zu den Themen alternative Wirtschaftsformen, Klimaschutz, Umweltwirtschaft und nachhaltiges Investieren. Das Themenforum „Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zukunft Lernen NRW“ eröffnete der Vorstandsvorsitzende unserer Stiftung, Alfred Buß, mit einem Referat zur Entstehung und Umsetzung der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Als roter Faden zog sich die Perspektive junger Menschen durch die Veranstaltung: Angefangen von Sketchen des Münsteraner Jugendtheaters Cactus über Präsentationen aus den Landeswettbewerben „Jugend forscht“ und „Schüler experimentieren“ bis hin zu einem „Lagerfeuer“, um das sich aktive Jugendliche aus dem Landesjugendring NRW und Bernd Neuendorf, Staatssekretär im NRW-Jugendministerium, scharten und unter anderem über die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre diskutierten.

Die 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung ist für den 19. Oktober 2017 in der „Grünen Hauptstadt“ Essen geplant. Einen Themenvorschlag haben wir schon: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und der 2030-Agenda der Vereinten Nationen.

⇢ Tagungsdokumentation: www.nrw-nachhaltigkeitstagung.de

Foto: Reiner Zensen

Beim Markt der Möglichkeiten präsentierten sich lokale und landesweite Organisationen und Einrichtungen. Auch unsere Stiftung war mit einem Stand vertreten.

Foto: ZEF

RLC-Workshop in Bonn mit dem Alternativen Nobelpreisträger Hans Herren (vorne, 3.v.l.)

Campus International

Das Right Livelihood College in Bonn

Am 22. September wurden in Stockholm die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger des Right Livelihood Award bekannt gegeben. Auch in diesem Jahr erhielten wieder Menschen und Institutionen den „Alternativen Nobelpreis“, die sich „unserer drängendsten globalen Herausforderungen annehmen – sei es Krieg, Rede- und Pressefreiheit, Frauenrechte oder die Notlage von Geflüchteten und Migranten“, so Ole von Uexküll, Geschäftsführer der Right Livelihood Award Stiftung, bei der Bekanntgabe.

Die Syrischen Weißhelme bekamen den Preis für „ihren herausragenden Mut, ihr Mitgefühl und humanitäres Engagement bei der Rettung von Zivilisten im syrischen Bürgerkrieg“. Mozn Hassan und die Organisation „Nazra für feministische Studien“ (Ägypten) wurden geehrt „für ihren Einsatz für die Gleichstellung und die Rechte von Frauen unter Umständen von anhaltender Gewalt, Missbrauch und Diskriminierung“, Swetlana Gannuschkina (Russland) „für ihr jahrzehntelanges Engagement für Menschenrechte und Gerechtigkeit für Geflüchtete und Migranten“ und die türkische Zeitung Cumhuriyet „für ihren unerschrockenen investigativen Journalismus und ihr bedingungsloses Bekenntnis zur Meinungsfreiheit trotz Unterdrückung, Zensur, Gefängnis und Morddrohungen.“ Wie heikel die Lage der Preisträger ist, wurde bei der Preisverleihung am 25. November in Stockholm deutlich. Nicht alle konnten ihren Preis selbst entgegennehmen, denn führende Cumhuriyet-Mitarbeitende sind in Haft und Mozn Hassan durfte nicht aus Ägypten ausreisen.

Mit dem 1980 ins Leben gerufenen Right Livelihood Award werden engagierte, mutige Menschen und Organisationen geehrt, die visionäre und beispielhafte Lösungen für die Ursachen der globalen Probleme entwickeln und erfolgreich umsetzen – bis heute 166 Preisträger aus 68 Ländern. Die vier diesjährigen Preisträger teilen sich das Preisgeld in Höhe von drei Millionen Schwedischen Kronen (315.000 Euro) zu gleichen Teilen.

Bonn als RLC-Standort

In Bonn wird die jährliche Auszeichnung besonders aufmerksam verfolgt. Schließlich ist die ehemalige Bundeshauptstadt seit 2011 einer von acht über fünf Kontinente verteilten Standorten des Right Livelihood College (RLC), einer internationalen Bildungs- und Forschungsinitiative von Universitäten und dem Right Livelihood Award. Angesiedelt ist der Campus des RLC am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn. 2014 wurde auch das Globale Sekretariat des RLC von Penang (Malaysia) hierher verlegt.

Ein wichtiger Impuls für die Einrichtung des RLC in Bonn war 2010 eine Bonner Konferenz zum 30-jährigen Bestehen des Right Livelihood Award. Unter dem Motto „kursWECHSELN“ diskutierten damals fast 100 Preisträger in Bonn und an anderen Orten in Nordrhein-Westfalen über nachhaltige Antworten auf globale Herausforderungen der Menschheit. Veranstalter von Konferenz und Rundreise waren die Stadt

Bonn, die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse Bonn und unsere Stiftung.

Ein globales Netzwerk

Das RLC stärkt den globalen Wissens- und Kompetenztransfer zwischen Alternativen Nobelpreisträgern, Hochschulen und Zivilgesellschaft, unterstützt interdisziplinäre Forschung zu Themen nachhaltiger Entwicklung und bildet junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Asien, Afrika und Lateinamerika aus. Dr. Till Stellmacher, der mit seinem Team die Aktivitäten des RLC in Bonn koordiniert, betont, dass es sich bei den RLC um eine Initiative von Alternativen Nobelpreisträgern und Universitäten des globalen Südens handelt, von der jetzt auch Deutschland profitiert. Finanziert wird die Arbeit am Bonner RLC-Campus durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), die Universität Bonn sowie die Robert Bosch Stiftung.

Stellmacher verweist auf die „drei Standbeine“ der Arbeit am Bonner Campus: Internationale Workshops mit jungen Wissenschaftlern und Alternativen Nobelpreisträgern, öffentliche Veranstaltungen sowie die Forschungsprojekte junger Doktoranden und Doktorandinnen aus dem globalen Süden. Gerade bei den zweimal im Jahr stattfindenden Workshops erweist sich der weltumspannende Charakter der RLC, betont Stellmacher: „Wir hatten bis heute rund 200 Doktoranden aus 48 Ländern zu Gast. Ich kann mir kein globaleres Netzwerk vorstellen.“ Und der Wissens- und Kompetenztransfer verläuft nicht nur in eine Richtung: Die Preisträger und ihre Projekte profitieren in hohem Maße vom Know-how und den Forschungsergebnissen der jungen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Wissenschaft und Praxis

Pro Jahr vergibt das Bonner RLC ein Forschungsstipendium. Dabei spielt die mindestens einjährige praktische Feldarbeit eine zentrale Rolle, erzählt Stellmacher, der früher unter anderem bei „Brot für die Welt“ gearbeitet und anschließend über Kleinbauern in Äthiopien promoviert hat: „Wissenschaftliche Qualifikation plus Praxis, diese Kombination ist uns besonders wichtig. Schließlich sollen unsere Stipendiaten dazu beitragen, konkrete Probleme zu lösen.“

Juliet Wanjiku aus Kenia etwa untersucht in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Preisträger Hans Herren, unter welchen Bedingungen kleinbäuerliche Betriebe in Kenia mit ökologischer Landwirtschaft ökonomisch erfolgreich und konkurrenzfähig arbeiten können. In der praktischen Feldarbeit befindet sich zurzeit auch der RLC-Stipendiat Alejandro Mora-Motto aus Kolumbien. Er erforscht – unterstützt durch den chilenischen Preisträger Manfred Max-Neef – die Auswirkungen industrieller Waldwirtschaft auf das Leben indigener Bevölkerungsgruppen.

Auf lange Sicht können – und sollen – die Nachwuchswissenschaftler dazu beitragen, dass sich ihre Heimatländer nachhaltig entwickeln. „Diese Art von integriertem Capacity Building kann für den globalen Süden von großer Bedeutung sein“, zeigt sich Stellmacher optimistisch. Das wäre dann tatsächlich einmal eine Elite-Ausbildung, von der nicht allein die Ausgebildeten profitieren.

⇢ Weitere Informationen unter www.rlc-bonn.de

Foto: Juliet Wanjiku

RLC-Doktorandin Juliet Wanjiku (l.) während der Feldarbeiten in Kenia

Fotos: Herby Sachs

Stefan Schulze-Hausmann, Christiane Overkamp, Franz-Josef Lersch-Mense, Karl Lamers, Ulrike Mann und Johannes Remmel (v.l.) beim Symposium zum Stiftungsjubiläum

Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

Symposium zum Stiftungsjubiläum

Mit einem Symposium hat unsere Stiftung am 21. September im Alten Rathaus Bonn ihr 15-jähriges Bestehen gefeiert. Die Veranstaltung, in Kooperation mit der Stadt Bonn, stand unter dem Titel „Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit". Ein zentrales Thema war die 2030-Agenda der Vereinten Nationen, die mit ihren 17 globalen Zielen eine weltweit nachhaltige Entwicklung befördern soll. Über die Umsetzung der Agenda in Nordrhein-Westfalen sprachen Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, und Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Mit der im Juni 2016 verabschiedeten NRW-Nachhaltigkeitsstrategie habe man sich auf einen Fahrplan verständigt, der alle Ressorts einbeziehe, so Minister Lersch-Mense. Mit der nationalen und internationalen Ebene befassten sich Dr. Heinrich Bottermann, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, und Professor Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Die interessanten Reden der beiden können Sie auf unserer Website nachlesen (www.sue-nrw.de).

Mehrfach angesprochen wurden die Auswirkungen von Kriegen, Terrorismus, Migrationsbewegungen und der immer größeren Schere zwischen Arm und Reich. Dies führe in Deutschland und vielen anderen Staaten zu einem „Klima der Angst", das die Bemühungen um Nachhaltigkeit behindere, sagte Minister Remmel. Ebenfalls schädlich für eine erfolgreiche Umsetzung der international angelegten 2030-Agenda ist der immer massivere Rückzug auf nationale Positionen bei Politik und Gesellschaft. Darauf verwies sehr eindrücklich Karl Lamers, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und von 2006 bis 2011 Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung: „Es gibt ein wachsendes Bedürfnis, sich in nationale Schneckenhäuser zurückzuziehen. Das wird scheitern, weil es gegen unsere transnationale Wirklichkeit ist. Man kann keine Politik gegen die Wirklichkeit machen."

Eine Entwicklung hin zu einem ökologisch und sozial nachhaltigen Leben und Wirtschaften ist ohne die Beteiligung der Gesellschaft nicht möglich. Diese Erkenntnis war 2001 das Motiv der Landesregierung, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Minister Johannes Remmel, Eberhard Neugebohrn und Minister Franz-Josef Lersch-Mense (v.l.)

zu gründen. Sie sollte zivilgesellschaftliches Engagement zu ihren beiden Themenfeldern fördern. Diesem Auftrag sei sie in den vergangenen 15 Jahren erfolgreich nachgekommen, waren sich alle Redner einig, unter ihnen auch, als Vertreterin der Fördernehmer, Ulrike Mann vom Welthaus Bielefeld. Angesichts der aktuellen internationalen und innenpolitischen Situation sei entwicklungs- und umweltpolitische Bildungsarbeit noch dringender geworden, die Stiftung spiele daher in Zukunft eine noch wichtigere Rolle als bisher.

Die von dem 3sat-Journalisten Stefan Schulze-Hausmann moderierte Jubiläumsfeier war gleichzeitig ein Abschied: Unser Geschäftsführer Eberhard Neugebohrn ging zum Oktober in den Ruhestand, seine Nachfolgerin ist Christiane Overkamp. Sie war zuletzt als Geschäftsführerin bei medica mondiale tätig, einer Organisation, die sich weltweit für Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt. Der Bonner Oberbürgermeister Ashok Sridharan würdigte die langjährige Arbeit von Eberhard Neugebohrn: „Sie haben eine wunderbare Basis geschaffen, den Gedanken und die Strukturen der Nachhaltigkeit auch in Zukunft weiterzutragen und weiter auszubauen“. Seitens der Stiftung dankte der Vorstandsvorsitzende Alfred Buß dem scheidenden Geschäftsführer. Er habe die Stiftung auch in schwierigen Zeiten kompetent und verlässlich gesteuert und die Qualität und Professionalität der geförderten Projekte gestärkt.

Das letzte Wort hatte Eberhard Neugebohrn selbst. Er betonte die besondere Situation, die die Stiftung durch ihre Themenfelder Umwelt und Entwicklung hat: „Wir operieren in politisch umstrittenem Terrain und unterstützen zudem noch Akteure, die der Politik oft das Leben schwer machen. Es wird die bleibende Herausforderung der Stiftung sein, ihrem Auftrag treu zu bleiben und dennoch die für ihre Arbeit erforderliche Legitimität zu finden, die sich auch in ihrer Finanzausstattung ausdrückt.“

DBU-Generalsekretär Dr. Heinrich Bottermann

DIE-Direktor Prof. Dirk Messner

Oberbürgermeister der Stadt Bonn Ashok Sridharan und Vorsitzender des Stiftungsvorstands Alfred Buß

Es geht auch ohne

Das Modellprojekt „Unplastic Billerbeck“

„Auch wenn es noch knistert, ist es nicht das, was mich bei Dir hält. Ich brauche etwas Solides, was länger hält“. Mit solchen Sätzen können Beziehungen enden. In diesem Fall ist die Plastiktüte der Adressat, ein „letzter Gruß“, mit dem sich viele Billerbecker im vergangenen Jahr von der Plastiktüte verabschiedet haben.

Der „letzte Gruß“ war eine Aktionsform im Rahmen des Projekts „Unplastic Billerbeck“. Damit wollte der Verein Interkulturelle Begegnungsprojekte (IBP) in der westfälischen Kleinstadt ein Zeichen setzen gegen einen ökologischen Skandal: Bis heute werden rund 6,1 Milliarden Plastiktüten jährlich in Deutschland verbraucht. Ihre Herstellung verbraucht Erdöl, ihre Entsorgung kostet Energie. Ein Großteil der Tüten landet, oft nach nur einmaligem Gebrauch, im Müll, und viele gelangen als Plastikmüll ins Meer, mit tödlichen Folgen: Seevögel und Meeresschildkröten verwechseln Plastik mit natürlicher Nahrung, ersticken oder verhungern. Beim Zerfall des Plastikmülls werden giftige Inhaltsstoffe freigesetzt, die das Erbgut vieler Meeresbewohner verändern. Über die Nahrungskette gelangen die winzigen Plastikpartikel auch in den menschlichen Körper.

Dagegen muss und kann man etwas tun, dachten sich der Aktionskünstler und Regisseur Thomas Nufer und der Projektentwickler Dirk Schubert. Sie entwickelten ein Konzept, das auf Verbote und erhobenen Zeigefinger verzichtete und mit kreativen Aktionen möglichst viele Menschen zur Partizipation an einem ökologisch nachhaltigen Projekt animieren wollte. Beim IBP und der Stadt Billerbeck rannten die Projektinitiatoren offene Türen ein, andere Organisationen – wie der BUND, die Deutsche Umwelthilfe, der NABU Coesfeld oder das Umweltforum Münster – wurden ebenfalls ins Boot geholt.

Zu Beginn des Projekts im Sommer 2015 befragten die Initiatoren Handelsunternehmen, Verbände, Hersteller und Discounter, um deren Bedenken zu erfassen und um gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Ab Dezember wurden über den Handel 7.500 robuste, aus PET-Flaschen recycelte „Stadttüten“ verteilt. Schulworkshops, eine „Unplastic Challenge“ zum „schrägsten und genialsten letzten Gruß“, öffentliche Kunstaktionen, Anti-Plastik-Predigten des Billerbecker Domprobstes und vor allem die Symbolfigur „Mr. Unplastic“, der mit seinen „Unplastica Grrlls“ schon bald zum Billerbecker Stadtbild gehörte, trugen ebenfalls zum Erfolg des Modellprojekts bei.

Und ein Erfolg war „Unplastic Billerbeck“ ohne Frage. Eine Evaluation durch das Gaia-Institut für Umweltmanagement und die BITS-Hochschule (Green Management) ergab unter anderem, dass die beteiligten Unternehmen innerhalb eines Jahres 61 Prozent ihres ursprünglichen Plastiktütenverbrauchs eingespart haben – die Zielvorgabe lag bei 30 Prozent. Besonders gut kam das Projekt bei jungen Menschen an: Lag die Quote der unter 25-Jährigen, die vor Projektbeginn regelmäßig Plastiktüten verwendeten, noch bei 83 Prozent, ist sie durch „Unplastic Billerbeck“ zumindest zeitweise auf 0 Prozent gesunken. Auch die Medienresonanz übertraf alle Erwartungen, die Aktion wurde bundesweit aufgegriffen.

Foto: Thomas Nufer

Auch die beiden Marias von der Käsetheke haben mitgemacht.

„Die Initiatoren haben nicht einfach ein System etabliert, das eine Gebühr auf Plastiktüten erhebt oder die Kunden belohnt, die keine Plastiktüten mehr benutzen. Sie haben einen Weg gefunden, die Bevölkerung Billerbecks durch eine Vielzahl von Aktionen über die Auswirkungen eines übermäßigen Plastikkonsums aufzuklären und sie so zu überzeugen, auf Plastiktüten zu verzichten“, heißt es in der wissenschaftlichen Auswertung der BITS-Hochschule. Ein gutes Beispiel, das Schule macht: So wollen Städte wie Siegen, Schwerte oder Münster das Billerbecker Modell übernehmen.

Eine weitere gute Nachricht: Nicht nur die Kommunen, sondern auch der Handel möchte seinen Teil dazu beitragen, die Plastikflut einzudämmen. Im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung zwischen dem Handelsverband Deutschland (HDE) und dem Bundesumweltministerium wollen rund 300 Unternehmen keine kostenlosen Plastiktüten mehr abgeben. Andere, etwa die REWE-Kette, stellen an den Kassen nur noch Tüten und Taschen aus recyceltem Papier oder Stoff zur Verfügung.

„Unplastic Billerbeck“ wurde von unserer Stiftung mit 79.531 Euro gefördert.

Weitere Informationen unter
www.unplastic-billerbeck.de
sowie in unserer Projektdatenbank
unter U-3602

Foto: Thomas Nufer

„Mr. Unplastic“ und seine „Unplastica Grrlls“

Kämpfer für eine bessere Welt

Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Ban Ki-moon

Am 7. Oktober wurde UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in Hamburg mit dem diesjährigen Ehrenpreis des Deutschen Nachhaltigkeitspreises ausgezeichnet. Mit dem Preis würdigt die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis das herausragende Engagement des Spitzendiplomaten für Klimaschutz und eine weltweite nachhaltige Entwicklung.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks verwies in ihrer Laudatio auf die Verdienste Ban Ki-moons bei der Entwicklung der 2030-Agenda mit den globalen Nachhaltigkeitszielen. „Die Agenda ist der ehrgeizigste Plan, der jemals gegen die Armut und gegen die Zerstörung unseres Planeten aufgestellt worden ist." Dazu komme das historische Pariser Klimaabkommen. „Kein Generalsekretär vor Ihnen konnte im Laufe seiner Amtszeit zwei derart bedeutende Gipfelergebnisse verzeichnen."

„Ban Ki-moon ist es gelungen, Nachhaltigkeit ganz oben auf der Agenda der Weltgemeinschaft zu verankern", sagte der Initiator des Deutschen Nachhaltigkeitspreises, Stefan Schulze-Hausmann. „Die Auszeichnung soll auch Wertschätzung für die derzeit besonders herausfordernde Arbeit der zahlreichen UN-Organisationen im Kampf um eine friedliche und gerechte Welt zeigen."

Unsere Geschäftsführerin Christiane Overkamp war zu der Preisverleihung eingeladen. „Bei der Veranstaltung wurde deutlich, wie sehr Ban Ki-moon dazu beigetragen hat, dass mit den Nachhaltigkeitszielen und dem Pariser Klimaabkommen ein globaler Rahmen für Gerechtigkeit und die Bewahrung der Lebensgrundlagen gesetzt ist. Nun liegt es in den Händen der nationalen Regierungen, aber auch der Bundesländer und der Kommunen, dafür zu sorgen, dass sie reale Politik werden. Und natürlich ist auch die Zivilgesellschaft gefragt, deren Arbeit zu den Nachhaltigkeitszielen wir gerne unterstützen."

Foto: Ralph Rühmeier

Christiane Overkamp gratuliert Ban Ki-moon zum Deutschen Nachhaltigkeitspreis.

Foto: Ralph Sondermann

Neue Gremienbesetzung

Erste Sitzung des neuen Stiftungsrats

Am 17. November ist unser neuer Stiftungsrat in Düsseldorf zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Neue Mitglieder des Gremiums sind: Paul Kröfges (BUND NRW), Ulrike Mann (Welthaus Bielefeld), Reiner Nolten (Westdeutscher Handwerkskammertag), Anja Ritschel (Erste Beigeordnete der Stadt Bielefeld), Hanns-Jörg Rohwedder (Piratenfraktion im Landtag NRW), Helmut Stahl (CDU) und Holger Vermeer (IG Bauen-Agrar-Umwelt). Die vollständige Liste der Stiftungsratsmitglieder finden Sie auf unserer Website www.sue-nrw.de unter der Rubrik Stiftung.

Der Stiftungsrat entscheidet über grundsätzliche Fragen der Stiftungsarbeit und über Projekte mit Fördersummen über 100.000 Euro pro Jahr oder 200.000 Euro Gesamtfördervolumen. Er umfasst bis zu 24 Mitglieder: Landtagsabgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, Gewerkschaft, Kirchen und weitere Personen, die sich im Themenfeld der Stiftung engagieren.

Vorsitzende des Stiftungsrats ist Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, ihre Stellvertreter sind Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, und Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Mitglieder des Stiftungsrats werden für fünf Jahre berufen.

Eine der ersten Aufgaben des neuen Stiftungsrats war die Bestellung der Vorstandsmitglieder. Vorstandsvorsitzender ist weiterhin Dr. h.c. Alfred Buß. Viktor Haase und Jürgen Hein vertreten wie bisher die für Umwelt und Eine Welt zuständigen Landesministerien. Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW) und, als neues Mitglied, Mark vom Hofe (Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW) repräsentieren die auf Landesebene organisierten Nichtregierungsorganisationen. Aufgaben des ebenfalls für fünf Jahre bestellten Vorstands sind u. a. die Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms und des Wirtschaftsplans, die Verwaltung des Stiftungsvermögens und die Entscheidung über Projektförderungen.

Für eine gerechte Weltwirtschaft

25 Jahre Südwind

Foto: Südwind

Rege Beteiligung bei der Südwind-Jubiläumsfeier im September

INSTITUT FÜR ÖKONOMIE UND ÖKUMENE

„Smartphone, Kleidung, Schokolade: Hinter unseren ganz alltäglichen Dingen verbergen sich Geschichten von Hunger, Armut und Menschenrechtsverletzungen. In breiten Bündnissen setzt sich Südwind dafür ein, dass Unternehmen in Deutschland gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte auch in ihren Auslandsgeschäften verpflichtet werden.“ Dieses Zitat stammt aus einer aktuellen Petition, mit der Südwind die Bundesregierung auffordert, einen Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte vorzulegen – und bringt das Engagement des Instituts für Ökonomie und Ökumene auf den Punkt: Forschen und Handeln für gerechte Wirtschaftsbeziehungen.

Wer sich für eine gerechtere Weltwirtschaft engagieren will, stellt die herrschenden Verhältnisse in Frage und ist damit beinahe zwangsläufig immer wieder mit Widerständen konfrontiert. Um aus dieser Position heraus gehört zu werden und Wirkung zu erzielen, bedarf es einer gehörigen Portion Sachverstand. Diese Einsicht stand Pate, als 1991 Christinnen und Christen aus fünf verschiedenen Konfessionen den Verein Südwind gründeten. Heute hat der Verein 560 Mitglieder, darunter viele Kirchenkreise und Kirchengemeinden. Lange Zeit hatte Südwind seinen Sitz in Siegburg, 2014 zog man nach Bonn.

Im Zentrum der Arbeit von Südwind stehen wissenschaftliche Untersuchungen, Recherchen und Kampagnen zu internationalen Wertschöpfungsketten. Die zahlreichen, sorgfältig recherchierten Veröffentlichungen zu Fragen sozialer und ökologischer Unternehmensverantwortung, zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern, zu Fairem Handel und Klimaschutz liefern eine solide und weithin anerkannte Faktenbasis für all jene, die sich nicht mit den negativen Seiten der herrschenden Wirtschaftsordnung abfinden wollen.

Südwind beschränkt sich jedoch nicht auf Analysen, Studien und Lobbyarbeit, sondern sucht gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen nach Lösungen, etwa im „Forum nachhaltiger Kakao“ oder in dem vom BMZ initiierten „Textilbündnis“. Und Südwind bewirkt auch konkrete Veränderungen, zum Beispiel 2007 mit einer Kampagne zu den Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken Südostasiens. Nach Info-Aktionen vor Aldi-Filialen, wo entsprechende Textilien angeboten wurden, sahen sich Aldi Nord und Aldi Süd erstmals in ihrer Unternehmensgeschichte gezwungen, auf Vorwürfe öffentlich zu reagieren. Außerdem traten sie der Business Social Compliance Initiative bei, die auf die Forderungen nach stärkerer Unternehmensverantwortung in vorgelagerten Lieferketten reagiert.

Das 25-jährige Bestehen feierte Südwind am 16. September im Alten Rathaus Bonn mit einem gut besuchten Fachforum unter dem Titel „Verordnete Freiwilligkeit – Unternehmensverantwortung im Wandel der Zeiten“. Im Zentrum standen die Fragen, welche Verantwortung Unternehmen für die Wahrung von Menschen- und Arbeitsrechten in globalen Lieferketten tragen und inwieweit freiwillige Selbstverpflichtungen zur Beseitigung von Missständen in der Lieferkette beitragen. Im Rahmen dieser Veranstaltung würdigte der ehemalige Geschäftsführer unserer Stiftung, Eberhard Neugebohrn, Südwind als eine „weithin leuchtende Ausnahme unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Es steht für ökonomische Kompetenz und hat sich in den 25 Jahren seines Bestehens außerordentlich große Verdienste erworben, die ökonomische Seite der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und in den Nachhaltigkeitsdiskursen der Zivilgesellschaft zur Geltung zu bringen“.

Unsere Stiftung hat in 13 Jahren mehr als 20 Projekte von Südwind gefördert, darunter aktuell zu den Themen Migration, Flucht und Entwicklung; Zertifizierung in der Baumwollproduktion und Sustainable Development Goals.

Weitere Informationen unter
www.suedwind-institut.de
sowie in unserer Projektdatenbank
unter E-4937, Z-5325 und Z-5346

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften

150 Jahre Ökologie

Das Doppelheft 9/10-2016 der Zeitschrift **Natur und Landschaft** blickt zurück auf 150 Jahre Ökologie. Als der Zoologe Ernst Haeckel im Jahr 1866 den Begriff „Ökologie“ einführte, begründete er damit eine neue Wissenschaft, die sich den wechselseitigen Beziehungen der Organismen untereinander und zu ihrer Umwelt widmete. Heute kann die wissenschaftliche Ökologie mit ihren Forschungsergebnissen dazu beitragen, drängende gesellschaftliche Probleme zu lösen – etwa in den Bereichen der Nachhaltigkeit, des Klimawandels und der Ernährungssicherung.

Die zwölf Beiträge des Schwerpunktheftes beschäftigen sich mit der Ökosystemforschung, dem Konzept der potenziellen natürlichen Vegetation, der Ökologisierung des Arten- und Biotopschutzes sowie der Bedeutung von Ökologie und Naturschutz für die Agrar- und Forstwirtschaft und die Landschaftsplanung. Dabei geht es vor allem um zwei Fragen: Welche Einflüsse hatten – und haben – die naturwissenschaftlichen Konzepte und Erkenntnisse der Ökologie auf Theorie und Praxis des Naturschutzes? Und welche Impulse ergaben – und ergeben – sich aus der Naturschutzpraxis für die Entwicklung der Ökologie als Wissenschaft?

Natur und Landschaft erscheint monatlich im Kohlhammer Verlag und wird vom Bundesamt für Naturschutz herausgegeben. Die älteste deutsche Fachzeitschrift für Naturschutz richtet sich insbesondere an Wissenschaftler, Fachbehörden, Gutachter, Planungsbüros, Studierende, Verbandsangehörige und Politiker.

⇢ Weitere Informationen unter
www.natur-und-landschaft.de

Wandel durch Handel

„Welthandel: Vom Segen zur Gefahr?“ Diese Fragestellung bildet den Schwerpunkt der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift **welt-sichten**. Der Artikel „Entgrenzte Märkte“ gibt einen Überblick zur immensen Entwicklung des Welthandels in den letzten zwanzig Jahren. Mehrere Beiträge thematisieren (geplante) regionale Freihandelsabkommen und ihre sozialen und ökonomischen Folgen, etwa in Afrika, Asien oder Mittelamerika. Weitere Artikel befassen sich mit dem China-Boom in Lateinamerika, mit den Auswirkungen der extrem hohen Zahl deutscher Exporte auf andere EU-Länder und mit den Schwierigkeiten des afrikanischen Kleinhandels, der hohe bürokratische Hürden überwinden muss, um Handel mit anderen Ländern treiben zu können.

Die welt-sichten verstehen sich als „Magazin für Globale Entwicklung und Ökumenische Zusammenarbeit“. Sie werden herausgegeben vom Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V., dem kirchliche Entwicklungswerke aus Deutschland und der Schweiz angehören. Das Themenspektrum der Zeitschrift reicht von Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik über Klimawandel und Umweltschutz bis zu Friedensfragen und zur Rolle der Kirchen und Religionen. Die November-Ausgabe 2016 beschäftigt sich u. a. mit dem Thema Frauenrechte, ein regionaler Schwerpunkt ist Nicaragua.

⇢ Weitere Informationen unter
www.welt-sichten.org

Vereinte Nationen

Wer sich genauer mit der Arbeit und den Positionen der Vereinten Nationen beschäftigen will, sollte einen Blick in die Zeitschrift **Vereinte Nationen** werfen. Autoren und Autorinnen aus aller Welt beschäftigen sich mit aktuellen Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Dazu gehören UN-bezogene Themen wie Friedenssicherung, Nord-Süd-Beziehungen, Menschenrechte und die Fortentwicklung des Völkerrechts. Weitere Rubriken sind Berichte aus dem Bereich der Vereinten Nationen, Buchbesprechungen, eine Übersicht von Dokumenten des Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung sowie relevante Fakten und Zahlen zu den UN-Mitgliedstaaten.

Die Zeitschrift wird von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Berlin herausgegeben und erscheint alle zwei Monate. Schwerpunkt der Oktober-Ausgabe ist die Friedenssicherung in Afrika: Wie beeinflussen asymmetrische Konflikte, Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und terroristische Aktivitäten die Arbeit der Vereinten Nationen – etwa in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali oder dem Südsudan? Im Fokus der Dezember-Ausgabe steht das Thema „UN und Wirtschaft“.

Die Zeitschrift Vereinte Nationen ist im Abonnement (auch als PDF) und als Einzelheft erhältlich. Einige Artikel stehen jeweils kostenlos als Download zur Verfügung.

⇢ Weitere Informationen unter
www.dgvn.de/
zeitschrift-vereinte-nationen/

Foto: Kottmann

Auge in Auge mit einer Hornissendrohne

... dem Hornissenprojekt des NABU Oberberg?

„Sieben Hornissenstiche töten ein Pferd, drei einen Erwachsenen und zwei ein Kind“ – dieser jahrhundertealte Irrglaube hat einiges zum unverdient schlechten Ruf der Hornissen beigetragen. Unverdient deshalb, weil Hornissen zwar größer als Wespen oder Bienen sind, ihr Stich aber keineswegs gefährlicher ist. Sie sind zudem weit weniger aufdringlich als etwa die Gemeine Wespe und fliehen normalerweise bei Bedrohung. Nur wenn man sich ihrem Nest allzu hektisch nähert, gehen sie eventuell in den Verteidigungsmodus.

Grundsätzlich sind Hornissen also ausgesprochen friedfertig und meist mit sich selbst beschäftigt, vor allem mit der Nahrungssuche: So kann ein Volk – das sind rund 500 Tiere – pro Tag bis zu ein Pfund an Fliegen, Käfern, Mücken und sogar Wespen fressen. Viel zu tun für eine eher kurze Existenz: Die Lebenserwartung einer Arbeiterin beträgt drei bis vier Wochen, die einer Königin ein Jahr. Nur die begatteten Jungköniginnen überwintern einzeln in einem frostfreien Winterquartier.

Foto: A. Leistikow

Hornissennest mit Königin nach erfolgreicher Umsiedlung

Um uns Menschen über Hornissen und den richtigen Umgang mit ihnen aufzuklären, hat der NABU Oberberg 2009 ein von unserer Stiftung mit 3.233 Euro gefördertes Projekt durchgeführt. Im Rahmen einer eigens entwickelten kleinen Ausstellung wurden Mitmachaktionen zum Bau von Nisthilfen angeboten. Im Freilichtmuseum Lindlar wurden sechs Veranstaltungen durchgeführt sowie ein Schaunistkasten installiert. Ein Seminar zum Thema Umsiedlung, 177 Beratungen und 20 Umsiedlungen sowie ein informativer Flyer rundeten das Angebot des NABU Oberberg im Jahr 2009 ab. Der Schaunistkasten war bis vor kurzem in Lindlar zu sehen, jetzt leistet er gute Dienste beim Lehrbienenstand des Bienenzuchtvereins Bechen.

Die große Resonanz auf das Hornissenprojekt hat den NABU Oberberg mit seinem bereits 2007 gegründeten Arbeitskreis (AK) Hornissenschutz ermutigt, die Aufklärungsarbeit zu Hornissen, aber auch zu Wespen, Bienen und anderen Hautflüglern fortzusetzen. „Heute decken wir den gesamten Oberbergischen Kreis sowie einige Randbezirke des Rheinisch-Bergischen Kreises ab“, sagt Angelika Leistikow, Leiterin des AK Hornissenschutz.

Die Beratungen machen den größten Teil der Arbeit aus, die meisten Anfragen kämen aufgrund „von Ängsten, Unsicherheiten und Nichtwissen – deshalb ist unsere Aufklärungsarbeit so wichtig.“ Angelika Leistikow hat dafür durchaus Verständnis, schließlich standen ähnliche Gefühle Pate bei der Gründung des AK Hornissenschutz: „Diesen Arbeitskreis würde es nicht geben, wenn ich damals nicht so große Angst um meine Kinder wegen der Hummeln gehabt hätte, die in der Hauswand neben unserer Eingangstüre nisteten.“

In den meisten Fällen reicht die Beratung aus. So gab es 2015 bei 180 Beratungen nur elf Umsiedlungen, ein über die Jahre durchaus typisches Verhältnis. Je nach Witterung und Nahrungsangebot schwankt die Zahl der Hornissenbestände im Oberbergischen stark, und damit auch die Zahl der Anfragen – zwischen 35 im Jahr 2007 und 335 im Jahr 2011. Und wenn ein Volk tatsächlich einmal umgesiedelt werden muss, landet der Fall wegen der Umsiedlungsgenehmigung – Hornissen sind nach der Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt – bei der unteren Landschaftsbehörde. „Und mit der arbeiten wir sehr gut zusammen“, erzählt Michael Gerhard, Vorstandsmitglied des NABU Oberberg. Er hält es mittlerweile für ausgeschlossen, „dass ein Insektenvernichter im Oberbergischen noch eine Hornissenumsiedlung oder -vernichtung ohne unseren Arbeitskreis oder gar ohne Genehmigung und damit illegal durchführt“.

⇢ Weitere Informationen unter www.nabu-oberberg.de (dort gibt es auch den Flyer zu Hornissen und anderen Hautflüglern) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3340

Foto: Florian Artmann/Die Urbanisten

Rund 2.000 Menschen kamen zum Trash-up-Festival in Dortmund. (s. U-3694)

Neu geförderte Projekte

1. August bis 15. November 2016
Fördervolumen: 740.133 €

100 Jahre ILO 1.10.2016–31.12.2018
Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene E-4944
Studien und Veranstaltungen zur entwicklungspolitischen Bedeutung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, insbesondere am Beispiel Ghana und Indonesien. 42.522 €

Afrikanische Filme zu Flucht und Migration 1.1.2017–31.12.2019
FilmInitiativ Köln e. V. E-4946
Von 2017 bis 2019 wird das „Afrika Film Festival" als Programmschwerpunkt Filme zeigen, die sich mit Fluchtursachen und der Situation der Geflüchteten beschäftigen; weitere Aufführungen in 12 NRW-Städten. 180.000 €

Relaunch der Website 15.12.2016–14.6.2017
Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene E-4951
Die Südwind-Website wird zu einer interaktiven Kommunikations- und Informationsplattform ausgebaut. 10.000 €

Mutoto Chaud 2017: Bilder im Kopf 1.11.2016–31.12.2017
Mutoto e. V. I-6136
Dreimonatige Tournee und Schulworkshops im Münsterland mit der Theatergruppe „Mutoto Chaud" aus der Dem. Republik Kongo zu europäischen und afrikanischen Stereotypen. 99.750 €

Geflüchtete als Bildungsbotschafter 1.10.2016–31.12.2016
Netzwerk politiklatelier e. V. I-6140
Qualifizierung von Flüchtlingen zu interkulturellen Referentinnen und Referenten für die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit. 8.599 €

Optimierung von Strukturen 1.8.2016–30.11.201
BDKJ – Jugendbildungsstätte Rolleferberg e. V. O-2333
Anpassung von Organisations- und Personalstrukturen anlässlich der Erweiterung der Bildungsstätte. 9.900 €

Die Rückkehr des Wolfes nach NRW 1.10.2016–30.9.2018
Naturschutzbund Deutschland Landesverband NRW e. V. U-3686
Entwicklung einer Wanderausstellung und Präsentation in Zoos und Städten in NRW, Informations- und Bildungsmaterialien, Website, Fortbildungen und Angebote für Schulen. 188.000 €

Trash Up! –Upcycling Festival in Dortmund 11.7.2016–31.12.2016
Depot e. V. U-3694
Vorträge und Workshops zu Ressourcenschonung, Müllvermeidung und Wiederverwertung im Rahmenprogramm des Festivals. 5.000 €

Fliegende Bauten 15.10.2016–14.10.2017
Fliegende Bauten – Schulen in Arbeit e. V. U-3695
Entwicklung von Bildungsangeboten zu Pflanzen, Gemüseanbau und Tierhaltung; Umbau eines Bauwagens für den Einsatz als Unterrichtsraum. 21.500 €

Öffentlichkeitsarbeit für Streuobstwiesen 1.1.2017–31.12.2017
Landschaftspflege im Kreis Kleve e. V. U-3696
Erweiterung der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit; Führungen und Veranstaltungen für Kindergruppen, Schulklassen, touristische Gruppen. 4.675 €

Buchprojekt „Transition Neighbourhoods" 26.9.2016–30.4.2017
Die Urbanisten e. V. U-3702
Publikation und Veranstaltungen zum Konzept und den Erfahrungen mit dem „Tag des guten Lebens" in Köln. 4.717 €

Autofasten 2017 11.10.2016–30.4.2017
Trägerverein des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen e. V. U-3704
Veranstaltungen und Aktionen zum Thema Mobilität in Gemeinden, Gruppen, Schulen etc. in der Fastenzeit 2017. 4.805 €

Mobilitätswoche 2016: „Mobilität in jedem Alter" 9.9.2016–31.12.2016
Förderverein „Lokale Agenda 21" in Düren e. V. U-3705
Aktionstag zu alternativen Verkehrskonzepten und umweltschonendem Verkehrsverhalten. 2.306 €

Die Taste of Heimat-Schnippeldisko 15.9.2016–31.10.2016
Taste of Heimat e. V. U-3706
Veranstaltung zum Thema Lebensmittelverschwendung mit Vorträgen, Aktions- und Informationsständen und gemeinsamem Kochen. 5.000 €

Huhn frisst Jaguar 1.4.2017–30.4.2018
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Z-5358
Materialien, Projekttage und weitere Veranstaltungen für Schulkinder und für Erwachsene zu den weltweiten ökologischen und sozialen Auswirkungen des Fleischkonsums. 53.497 €

20. Eine-Welt-Landeskonferenz in NRW 1.10.2016–31.5.2017
Eine Welt Netz NRW e. V. Z-5360
Vorbereitung und Durchführung der Konferenz im März 2017; Schwerpunkt sind Ursachen, Bedingungen und Auswirkungen globaler Migrationsbewegungen. 43.218 €

Bildung für nachhaltige Entwicklung inklusiv 1.1.2017–31.3.2019
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Z-5365
Erstellung und Erprobung eines Leitfadens zur Verankerung inklusiver Bildung für nachhaltige Entwicklung in Grundschulen. 36.000 €

Die Handy-Connection in NRW 28.10.2016–31.12.2017
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V. Z-5366
Schulprojekte, Workshops, Vorträge und Ausstellung zu den Arbeitsbedingungen und Umweltbelastungen bei der Produktion und Entsorgung von Smartphones und IT-Geräten. 15.644 €

Aktualisierung Messestand 1.10.2016–31.10.2016
urgewald e. V. Z-5368
Überarbeitung des multimedialen Messestands zum Thema „Nachhaltige Geldanlagen". 5.000 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

⇢ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Einkaufsführer

Öko-faire Textilien in Köln

Wo kann man in Köln Bekleidung kaufen, die umweltverträglich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde? Antworten darauf gibt „Buy good stuff – Fair Fashion Shopping Guide Köln“, den der Verein Femnet in Kooperation mit der Düsseldorfer Akademie für Mode und Design im Oktober veröffentlicht hat.

Der 144 Seiten starke Einkaufsführer basiert auf einer Umfrage in 700 Kölner Bekleidungsgeschäften. Er enthält ein umfangreiches Ladenverzeichnis und bietet mit Store- und Designerportraits, Interviews, Berichten und Reportagen Einblicke in die Welt der nachhaltigen Mode.

Die Broschüre ist in ausgewählten Kölner Geschäften und in öffentlichen Einrichtungen der Stadt kostenlos erhältlich. Bestellungen per Mail an kontakt@femnet.de.

⇢ Download unter http://k-urz.de/afa5
Nächster Schritt des von unserer Stiftung mit rund 32.000 Euro geförderten Projekts ist die Entwicklung einer Webseite zu „Buy good stuff“.

Workshops der Stiftung 2017

Von Antrag bis Abrechnung

Unsere Workshop-Termine für 2017 stehen fest:
14. Februar, 16. Mai, 12. September und 5. Dezember

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen beantworten wir Ihnen in unseren Workshops. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

⇢ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung mit den kompletten Kontaktdaten Ihrer Organisation per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

Unterrichtsmaterialien

Für eine zukunftsfähige Welt

Mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDG) beschäftigen sich die Oberstufenmaterialien „17 Ziele für eine zukunftsfähige Welt“, die das Welthaus Bielefeld gemeinsam mit acht anderen Organisationen veröffentlicht haben.

Ein Magazin/Schülerheft (20 Seiten) mit Bildern und kurzen Texten erläutert die Nachhaltigkeitsziele und beschreibt Folgerungen für die internationale und für die deutsche Politik. Zu jedem SDG gibt es drei Arbeitsaufgaben. Das Lehrerheft (40 Seiten) enthält Hintergrundinformationen zu den einzelnen SDG, didaktische Vorschläge zur Vertiefung der Themen im Unterricht und Hinweise auf weitere Informationsquellen.

Die Materialien werden im Klassensatz ausgeliefert. Zu jedem Klassensatz gehören 28 Magazine/Schülerhefte und ein Lehrerheft. Preis: 18 Euro (plus Versand).

⇢ Nähere Informationen und Hinweise auf weitere didaktische Angebote unter www.lernplattform-nachhaltige-entwicklungsziele.de

Fachtagung

14. Fundraising-Tagung in Münster

Unsere Stiftung ist auch 2017 Mitveranstalter der jährlichen Fachtagung „Fundraising für Umwelt und Entwicklung“. Sie findet am 30. und 31. Januar in Münster statt, in der Akademie Franz Hitze Haus.

Thematischer Schwerpunkt ist die Rolle von Stiftungen als Förderer von umwelt- und entwicklungspolitischen Projekten. Die Teilnehmenden lernen wichtige Förderstiftungen, ihre Förderzwecke und ihre Antragsbedingungen kennen und können sich mit Fragen direkt an Mitarbeitende unserer und weiterer Stiftungen wenden. Weitere Workshops, etwa zu Fundraising-Strategien für kleine Vereine, vermitteln sowohl Einsteigern als auch erfahrenen Fundraiserinnen und Fundraisern umfassende Informationen und Anregungen.

Organisatoren der Fachtagung sind das Eine Welt Netz NRW, die Akademie Franz Hitze Haus, die Fundraising Akademie, der NABU NRW, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW und unsere Stiftung. Die Veranstaltung beginnt am 30. Januar um 18.30 Uhr und endet am 31. Januar um 17 Uhr.

⇢ Download des Faltblatts unter www.sue-nrw.de

Impressum

Ausgabe Dezember 2016 | ISSN 2196-9507

STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Christiane Overkamp
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn
Foto Titel: Ricardo Herrgott, picture alliance/APA/picturedesk.com

klimaneutral
powered by ClimatePartner°
Druck | ID 11776-1612-1001

Mit der Ausgleichszahlung für die Co2-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.
Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im März 2017.
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de